

Welt Trends

Institut für Internationale Politik

ARNE C. SEIFERT / ACHIM WAHL / KARIN KULOW / JOHN P. NEELSEN

„Regelbasierte internationale Ordnung“
versus post-koloniale Emanzipation -
Grenzen und Sackgassen eines globalen Hegemonieprojekts

Arne C. Seifert / Achim Wahl / Karin Kulow / John P. Neelsen

**„Regelbasierte internationale Ordnung“
versus post-koloniale Emanzipation -
Grenzen und Sackgassen eines globalen
Hegemonieprojekts**

Berlin, November 2022

Inhalt

Anliegen der Autoren	3
Resümee	3
Arne C. Seifert	
1. „ Regelbasierte internationale Ordnung “ - Des Westens neuer Pakt	9
1.1. Paktdoktrin.....	9
1.2. Paktführung.....	9
2. „Regelbasierte internationale Ordnung“ – eine Wertung.....	11
Objektive qualitative und quantitative Veränderungen oder „aufsteigender Süden“?.....	13
Kalter Wertekrieg.....	15
Achim Wahl	
Lateinamerika und die „wertebasierte internationale Ordnung“	17
Ringens Lateinamerikas um nationale Souveränität.....	17
Die Monroe-Doktrin versus Bolivarianischer Panamerikanismus.....	19
Lateinamerika – ein Kontinent auf der Suche nach Eigenständigkeit.....	21
Positionierung Lateinamerikas heute.....	23
Karin Kulow	
Die westliche Wertebasierung und deren Umsetzungsprobleme im geografischen Raum zwischen West- und Zentralasien	26
Nachhaltige Abschreckungswirkungen bisheriger US-Dominanzpolitik in der Region.....	27
Westliche Wertebasierung versus in der Region historisch gewachsene eigene Wertevorstellungen	29
Zunehmender Einbindungsgrad von Staaten der Region in sich formierende nichtwestliche Strukturen.....	33
John P. Neelsen	
Indien - Die größte Demokratie in der regelbasierten (westlichen) Weltordnung	39
I. Von Unterentwicklung zum Schwellenland – Wachstum OHNE Entwicklung.....	40
II. Vom Säkularismus und Pluralität zum Hindu-Nationalismus - eine beschädigte Demokratie.....	42
III. Von Non- zu Multi-Alignment und Strategischer Autonomie statt Bündnispartner im Block der Demokratien.....	45
Zusammenfassung und Schluss	49

Anliegen der Autoren

„Noch Mitte des 20. Jahrhunderts war es möglich, von Southampton, London oder Liverpool aus auf die andere Seite des Globus zu segeln, ohne britisches Territorium zu verlassen, indem man vor Port Said in Gibraltar und Malta anlegte, von dort nach Aden, Bombay und Colombo weitersegelte und nach einer Rast auf der Malaiischen Halbinsel in Honkong ankam... Heute können die Chinesen ein ganz ähnliches Kunststück vollbringen.“ Frankopan¹

Das Anliegen der Autoren ist in erster Linie von friedenspolitischen Erwägungen geprägt, bei denen es ihnen vor allem um solche Fragen geht, wie: Welche neuen West-Ost-Süd-Widersprüche werden in der sich ausprägenden multipolaren Welt mit der westlicherseits verfolgten Strategie einer „*werte- und regelbasierten internationalen Ordnung*“ ausgelöst? Worin besteht das Wesen dieser Strategie und inwieweit steht diese den, in der Charta der Vereinten Nationen festgeschriebenen Grundprinzipien des friedlichen Zusammenlebens der Völker entgegen? Wie gestaltet sich die Umsetzung dieser westlichen Strategie und mit welchen Widerständen hat sie dabei hauptsächlich zu tun? Welche neuen geostrategischen Konstellationen zeichnen sich ab? Welchen Erfordernissen müsste eine internationale Ordnung unter den Bedingungen der Multipolarität zu entsprechen suchen?

Um diesen Fragen nachzugehen, wird im ersten Teil nach einer grundsätzlichen Bewertung besagter Strategie der „regelbasierten internationalen Ordnung“ auf sich ausprägende neue multipolare Strukturen eingegangen sowie ergänzt durch regionale Einschätzungen (eurasischer OSZE-Raum, Zentralasien und östliche EU-Staaten). Die im zweiten Teil n folgenden Dossiers – „Lateinamerika und die westlich „wertebasierte internationale Ordnung“; „Die westliche Wertebasierung und deren Umsetzungsprobleme im geografischen Raum zwischen West- und Zentralasien“; „Indien - die größte Demokratie in der regelbasierten (westlichen) Weltordnung“ – gehen auf jeweilige konkrete Aspekte genannter grundsätzlicher Fragestellungen ein.

Resümee

Die vorgelegte Studie „‘Regelbasierte internationale Ordnung’ versus post-koloniale Emanzipation - Grenzen und Sackgassen eines globalen Hegemonieprojekts“ widmet sich einem existenten Weltkonflikt. Sie analysiert neue Konfliktkonstellationen zweier sich herausbildender weltpolitischer Lager – „kollektiver Westen“ einerseits sowie aufsteigende Mächte in Eurasien, Afrika und Lateinamerika andererseits. Und sie trägt dabei insbesondere dem Umstand Rechnung, dass in einer Welt selbstbewusster postkolonialer Staaten deren emanzipatorischer Drang nach neuen gerechteren, auf Teilhabe der Völker basierenden multilateralen Alternativen zunimmt.

In diesem zusehends an Profil, Dynamik, Schärfe, ja Bellizismus gewinnenden Konflikt schält sich als Kardinalproblem die Frage heraus, wie es gelingt, dass auch ehemals kolonial

¹ Peter Frankopan, Licht aus dem Osten, Rowohlt Verlag, Berlin, 2016, S.739.

abhängige Staaten tatsächlich gleichberechtigte Subjekte des internationalen Geschehens sind. Dass ebenfalls sie effektiven Einfluss auf die Gestaltung der internationalen Regeln haben, statt sich mit beständigen Einmischungen bis hin zu Regime-Change-Kriegen konfrontiert zu sehen. Womit jedoch die grundsätzlichen Machtstrukturen im internationalen Geschehen zur Disposition gestellt sind. Dabei geht es neben einer Erweiterung des UN-Sicherheitsrats durch Vertreter des globalen Südens um neue internationale Beziehungen basierend auf dem Völkerrecht und den Prinzipien der Blockfreienbewegung: Gleichheit, Interventionsverbot, Gewaltverzicht und friedliche Konfliktlösung, gegenseitiger Vorteil, Souveränität und territoriale Integrität. Immer mehr Staaten ergreifen Position, indem sie eine Demokratisierung der internationalen Ordnung wie der entsprechenden Mechanismen einfordern, auf welche sich Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg geeinigt hatten. Zu einer Zeit, als die meisten heutigen Staaten jener zuvor genannter Regionen und Kontinente noch deren Kolonien waren.¹ So entstand eine Ordnung, welche auch im „Royal United Services Institute for Defence and Security Studies“, London, als ungerecht bewertet wird: „Die heutige internationale Ordnung ist keine Ordnung, in der alle Staaten gleich sind.“²

Im hauptsächlichen Widerstreit bei alledem steht die Verfasstheit dieser neuen internationalen Ordnung – ob monopolar oder sich weiter multipolar ausprägend. Womit zugleich die Frage der Hegemonie berührt ist. In dem Maße, wie die USA und ihre westlichen Alliierten auf einer Vormachtstellung in der Welt beharren, widersetzen sie sich dem Trend der Zeit, der in Richtung Multipolarisierung drängt. Immer mehr Staaten der Welt sind der selbsternannten Rolle Amerikas als moralischer Schiedsrichter über ihre innenpolitischen Verfasstheiten und außenpolitischen Ausrichtungen überdrüssig und betrachten die sich herausbildenden multipolaren Strukturen als Chance für sich, ihre eigenen Interessen stärker zur Geltung zu bringen.

So haben sich mit dem „BRICS“-Staaten-Verbund (Brasilien, Russland, Indien China, Südafrika)³ sowie der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)⁴ zwei maßgebliche alternative internationale Zusammenschlüsse emanzipativen, potentiell teils anti-westlichen Charakters auf der geopolitischen Weltbühne formiert.

¹ So erlangten in Afrika 18 Kolonien erst 1960 ihre Unabhängigkeit, darunter 14 französische, zwei britische. Namibia sogar erst 1990

² Malcolm Chalmers, Which Rules? Why There is No Single 'Rules-Based International System', Royal United Services Institute for Defence and Security Studies, Whitehall, London, April 2019, S.3

³ In den BRICS-Staaten leben 40 % der Weltbevölkerung, knapp über drei Milliarden Menschen, ihr Anteil am nominellen weltweiten Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 2016 circa 23 %. Beim BIP nach Kaufkraftparität lag er mit 32 % deutlich höher. (Zum Vergleich: In den G7-Staaten leben etwa 11 % der Weltbevölkerung, kaufkraftbereinigt werden dort 33 % des weltweiten BIP erwirtschaftet). Überdies fungieren Indien und Brasilien für den Zeitraum 2021-2022 bzw. 2022-2023 als nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

⁴ Neben den bislang neun Mitgliedern der SOZ – China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan - wurde Ägypten, Katar, Saudi-Arabien auf dem SOZ-Gipfeltreffen am 16. September 2022 der Status SOZ-Dialogpartner zuerkannt. Das Verfahren dafür eingeleitet wurden für das Königreich Bahrain, Staat Kuwait, die Malediven, die Republik der Union von Myanmar und die Vereinigten Arabischen Emirate

Mit ihnen betreten internationale Zusammenschlüsse die geopolitische Weltbühne, welche den universellen Machtanspruch westlicher Staaten ablehnen. Allein in den BRICS-Staaten leben 40 % der Weltbevölkerung, knapp über drei Milliarden Menschen.¹ Programmatische Forderungen sind u.a. entscheidungsrelevante Beteiligung der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder an globalen Entscheidungsprozessen und –Strukturen, internationalen Wirtschaftsentscheidungs- und Normsetzungsprozessen. Sie fordern die grundlegende Reformierung des Regelwerks der internationalen Wirtschaftsbeziehungen strukturierenden Organisationen wie Weltbank, IWF und WTO ein, auf welche sich die Protagonisten der „Regelbasierten internationalen Ordnung“ weiter beziehen und sich so entscheidende Stimmrechte und Entscheidungskompetenzen vorbehalten. Schließlich hinterfragen die neuen Staatenkoalitionen BRICS und SOZ Rolle und Bedeutung des US-Dollars als weltwirtschaftliche Leit- und Reservewährung -wirtschaftliches Machtfundament westlicher globaler Vorherrschaft. - Insgesamt läuft deren Programmatik auf ein „postkoloniales Gegenprojekt“ des „Südens“ hinaus.

So zählt zu den erklärten BRICS-Grundsätzen: „Die Instrumente der Global Governance inklusiver, repräsentativer und partizipativer zu gestalten, um eine größere und sinnvollere Beteiligung der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder, insbesondere in Afrika, an globalen Entscheidungsprozessen und -strukturen zu ermöglichen und sie besser auf die heutigen Realitäten abzustimmen.“² Wie ebenso eine der Hauptforderungen von BRICS ist: „Unterstützung für die Ausweitung und Stärkung der Beteiligung der Schwellen- und Entwicklungsländer (EMDC) an den internationalen wirtschaftlichen Entscheidungs- und Normsetzungsprozessen.“³ Auch die SOZ-Charta von 2002 bekennt sich zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und bekräftigt die KSZE-Prinzipien von Helsinki als SOZ-Grundsätze: Gegenseitige Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität der Staaten und Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen, Nichtangriff, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Nichtanwendung von Gewalt oder Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, Verzicht auf einseitige militärische Überlegenheit in benachbarten Gebieten.“⁴ In diesem Sinne formulierte der Rat der Staatsoberhäupter der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit am 16. September 2022 auf seinem Gipfeltreffen im usbekischen Samarkand als gemeinsame Erkenntnis aus „der Bewertungen der derzeitigen regionalen und internationalen Agenda“, - bei Ausklammerung des Ukraine Konflikts – „sein Engagement für die Bildung einer repräsentativeren, demokratischeren, gerechteren und multipolaren *Weltordnung*, die auf den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts, des Multilateralismus, der gleichberechtigten, gemeinsamen, unteilbaren, integrierten und nachhaltigen Sicherheit, der kulturellen und zivilisatorischen Vielfalt, der für alle Seiten vorteilhaften und gleichberechtigten Zusammenarbeit der Staaten bei Beachtung der Regeln

¹ Zum Vergleich: In den G7-Staaten leben etwa 11 % der Weltbevölkerung

² XIV. BRICS-Gipfel Peking, Erklärung „Einleitung einer neuen Ära für die globale Entwicklung“, 23.06.2022, Präambel. https://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx_662805/202206/t20220623_10709037.html

³ Ebenda

⁴ Charta der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, 6. Juni 2002, <http://www.kremlin.ru/supplement/3450>

der Vereinten Nationen“¹. Mit der Geschichte der Unterentwicklung eines rückblickend kolonialiserten globalen Südens im Hintergrund, setzen sich dessen Staaten heute für grundlegende Reformierung des Regelwerks der internationale Wirtschaftsbeziehungen strukturierenden Organisationen.

Demgegenüber positioniert sich der „kollektive Westen“ – bei aller nicht gering zu schätzender Differenzierung zwischen einzelnen Staaten - mit seiner, auf die Rückerlangung der uneingeschränkten globalen Vormachtstellung abzielenden Strategie der „Regelbasierten internationalen Ordnung“. Vor allem die USA fundieren gegenwärtig ihre internationale Politik auf dem Ansatz, ihre beanspruchte Hegemonierolle weltweit durchzusetzen. Das belegen Dokumente des US-Kongresses von 2021/22, in denen die Formel „regelbasierte internationale Ordnung“ auf „Erhalten der globalen Führungsrolle der USA in der Welt“ hinausläuft. Dementsprechend charakterisierte der US-Kongress diese Ordnung als eine „um die USA zentrierte Welt, deren Alliierte sowie Partner, zur Durchsetzung deren gemeinsamer Werte und Interessen, freie, offene, demokratische, inklusive, regelbasierte, stabile sowie vielfältige Regionen zu erhalten und zu fördern“, bestrebt sind.² Damit begibt der kollektive Westen sich in eine außenpolitische Kontinuität, welche Jürgen Habermas bereits 2011 angriff: „Der Zusammenbruch der Sowjetunion (hat) im Westen einen fatalen Triumphalismus ausgelöst. Das Gefühl, weltgeschichtlich Recht bekommen zu haben, übt eine verführerische Wirkung aus. In diesem Fall hat es eine wirtschaftspolitische Lehre zu einer Weltanschauung aufgebläht, die alle Lebensbereiche penetriert. [...] Die Bush-Doktrin vom Herbst 2002, die die Irak-Invasion vorbereitet hat, (war) ein weiteres Alarmzeichen. Das sozialdarwinistische Potenzial des Marktfundamentalismus‘ hat sich seitdem nicht nur in der Gesellschaftspolitik, sondern auch in der Außenpolitik entfaltet.“³

Die Folgen eben jener neoliberalen „Lehre“ haben nicht nur die Unterentwicklung in der Mehrzahl der Länder des globalen Südens weiter verstärkt, sondern ebenso deren Zurückweisung seitens der postkolonialen Welt. Die neoliberale Orientierung, die bereits die 1974 in der UNO beschlossene Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung unterwandert hatte, wurde von den „angelsächsischen“ Ländern in den frühen 1980er Jahren durch eine konträre Strategie des Neoliberalismus mit Deregulierung, Privatisierung und Weltmarktintegration in den Hintergrund gedrängt. Im Ergebnis entstanden exportorientierte Standorte hoher Produktivität bei zugleich geringer Binnenmarktintegration. Sie brachten den neuen Typus des *peripher-kapitalistischen Staates* hervor, der sich durch perennierende ursprüngliche Akkumulation im Verbund mit Wachstum ohne Entwicklung auszeichnet.

¹ Samarkand-Erklärung des Rates der Staatsoberhäupter der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, 16. September 2022, <http://www.kremlin.ru/supplement/5841>

² The United States global leadership role, Congressional Bills 117 the Congress 2021/2022, [From the U.S. Government Publishing Office], [S. 1169 Reported in Senate (RS)], STATEMENT OF POLICY, BILLS-117hr3524ih.pdf (congress.gov) (1), (Kursiv A.S.)

³ Jürgen Habermas, Zur Verfassung Europas, Suhrkamp, Berlin 2011, S. 103/104

Die „Regelbasierte internationale Ordnung“ lässt sich also qualifizieren als des Westens neuer Pakt für universale Dominanz in einer sich formierenden multipolaren Welt. Dokumente von NATO, EU, Parlamenten, Regierungen belegen, dass diese ~~alle mittlerweile~~ den Anspruch auf eine „regelbasierte internationale Ordnung“ in ihre Programmatik sowie Aktionsorientierungen integriert haben. Ein offensiver Blockcharakter ist somit offensichtlich. Die Erklärung der Außenministerinnen und -minister der G7 vom 7. November 2022 formuliert unmissverständlich Ziel sowie Inhalt der „regelbasierten internationalen Ordnung“ – „Wir setzen uns dafür ein, die regelbasierte internationale Ordnung zu *schützen* und zu *fördern*“¹.

Mit anderen Worten: Der Westen kreierte jene neue weltpolitische Doktrin, um *sein*, auf die USA und ihre engsten Verbündeten beschränktes, System internationaler Normen und Institutionen auch unter multipolaren Bedingungen durchzusetzen und international auszuweiten. Dem dienen Systeme internationaler Indoktrination westlicher Demokratie, „Regime Change“ eingeschlossen sowie ein Weltwirtschaftssystem (Universal Economic System, UES²) mit einem weltwirtschaftlichen Regulierungsmonopol. Vor allem die Verteidigung letzterer Systeme bildet den Kern jener „regelbasierten internationalen Ordnung“.

Im Unterschied zum Ende der Bipolarität zwischen zwei antagonistischen Gesellschaftssystemen, die vom Ende des zweiten Weltkrieges 1945 bis zum Ende des Ost-Blocks 1990 die internationale Ordnung bestimmend gewesen ist und mit dem sich für die USA das historische Fenster einer alleinigen Hegemonie in der Welt aufgetan hatte, sehen sieh sie sich und ihre transatlantischen Alliierten nun nicht nur durch den Aufbruch des postkolonialen Südens - Asien, Lateinamerika, Afrika sowie deren neuer Mächte – gemeinsam mit Russland und China herausgefordert. Vielmehr kommen sie nicht umhin zu konstatieren, dass deren Streben nach einer multipolar verfassten internationalen Ordnung letztlich Resultat bisherigen eigenen Vormachtstrebens ist. Die sich formierende Multipolarität also de facto ein westlicherseits selbst zu verantwortendes Werk ist. Fundamental dabei ist zudem noch, dass der Westen diesmal nicht auf einen sang- und klanglosen Untergang der neuen Mächte, „Motoren“ und Träger dieser sich entfaltenden Multipolarität, setzen kann, wie 1990/92 die Sowjetunion und das sozialistische Lager. Vielmehr ergibt sich für diesen ein bisher unbekannter Zustand: Während die postkoloniale Welt die Multipolarität verteidigt und weiter zu formen sucht; sind die USA und der Westen bestrebt, die historisch für sich beanspruchte Unipolarität mit offensichtlich allen verfügbaren Mitteln zu verteidigen.

Daraus leitet sich der fundamentale Gegensatz zum Umgang der Großmächte USA und UdSSR sowie jeweiliger Verbündeter mit ihrer antagonistischen Konfrontation im Ost-West-/West-Ostkonflikt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs her. Beiden Seiten galt Kriegsvermeidung als zentralstes Ziel. Im Kontext der Doktrin „regelbasierter internationalen

¹ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/g7-erklaerung/2562006>. (Kursiv Autoren)

² Royal United Services Institute for Defence and Security Studies, a.a.O. S. 4.

Ordnung“ erstrebt der kollektive Westen hingegen mit allen Mitteln Russlands Vernichtung als Weltmacht.

In diesen Kontext fügt sich der Konflikt zwischen dem Westen und Russland um die Ukraine sowie mit China als Kraftprobe im "Zeitalter der Großmachtrivalität" („Era of Great Power Competition“; US Congressional Research Service) ein¹. Er beendet eine historisch kurze Phase relativer Entspannung nach dem Ende des ersten Ost-West-/West-Ost-Konflikts. Die erneute Konfrontation zeichnen aus ihre, drei Kontinente erfassende eurasische Feindeskongstellatation (Amerika, Europa, Asien), multipler instrumenteller Charakter von Kriegsführung sowie Konfliktaustragung, globaler Wirtschaftskrieg mit Folgen für Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Rohstoff- und Marktbedingungen sowie soziale Binnenkrisen.

Friedliche Koexistenz bleibt einziger realistischer Ausweg aus jener ruinösen Krise, in der sich das Verhältnis zwischen EU-Europa und seinem eurasischen kontinentalen Kontext befindet. Beides – die neue internationale Ausgangssituation und das Friedensprimat – rücken sowohl die Friedensfrage, als auch die Suche nach praktikablen Antworten in ein neues Licht.

Erschließen erster unentbehrlicher friedenspolitischer Ansätze und Instrumentarien *gerade* für polypolare Kräftekonstellationen kann von bereits erprobten Zielen, Geist und Verfahren der „Helsinki Schlussakte“ ansetzen. Sie belegen, dass Friedliche Koexistenz von Staaten mehr als Abwesenheit von Gewaltanwendung ist. Friedliche Koexistenz ist die Existenz eines politischen Raums, in dem widerstreitende gesellschafts-, werte- und politische Systeme sich zueinander ins Verhältnis setzen und interagieren, ohne das Völkerrechtsprinzip souveräner Gleichheit der Staaten in Frage zu stellen. Dieser Grundsatz der KSZE-Schlussakte von Helsinki für „Gegenseitiges Verhalten der Staaten Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika“, wie deren Prinzipien und Verpflichtungen insgesamt, waren bereits Schöpfungen realpolitischer, pragmatischer Kompromissfähigkeit von Staatsführungen der beiden antagonistischen Lager sowie nichtpaktgebundener Staaten.

¹ Siehe Abschnitt „Paktführung“ Im Text

1. „Regelbasierte internationale Ordnung“ - Des Westens neuer Pakt

1.1. Paktdoktrin

„Wir stehen als Europäerinnen und Europäer für eine *regelbasierte internationale Ordnung*“, so die Außenministerin Annalena Baerbock im Deutschen Bundestag.¹ „Die *regelbasierte internationale Ordnung* ist – wie für die USA – auch Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik“ - Auswärtiges Amt.² „Im Rahmen unserer Verpflichtung, die Grundsätze der *Regel basierten internationalen Ordnung* für die Sicherheit unserer NATO-Verbündeten aufrechtzuerhalten, unterhalten die Vereinigten Staaten erhebliche kampffähige Streitkräfte in Europa – US National Defense Strategy“.³ „Die EU setzt sich entschieden für einen wirksamen Multilateralismus ein und bemüht sich um die Entwicklung einer offenen, *regelbasierten* internationalen Ordnung, die auf den Menschenrechten und Grundfreiheiten, den universellen Werten und dem Völkerrecht beruht“ – EU, Rat der Europäischen Union.⁴ „Wir bekennen uns zur *regelbasierten* internationalen Ordnung. ... unsere Freiheit und die Werte, die wir teilen, einschließlich der individuellen Freiheit, der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit“. [...] „Verbesserung der Fähigkeit der NATO, zur Erhaltung und Gestaltung der *regelbasierten internationalen Ordnung* in Bereichen, die für die Sicherheit des Bündnisses wichtig sind. Wir werden unser Engagement mit wichtigen globalen Akteurenaußerhalb des euro-atlantischen Raums, einschließlich aus Afrika, Asien und Lateinamerika, verstärken.[...] Chinas erklärte Ambitionen und sein durchsetzungsfähiges Verhalten stellen *systemische* Herausforderungen für die *regelbasierte internationale Ordnung* und für die Sicherheit des Bündnisses relevanten Bereiche dar“ – NATO-Gipfel 2021.⁵

1.2. Paktführung

Dokumente des US-Kongresses von 2021/22 verdeutlichen, dass die Formel „regelbasierte internationale Ordnung“ auf „Erhalten der globalen Führungsrolle der USA in der Welt“ hinausläuft. So charakterisierte der Kongress diese Ordnung als eine „um die USA zentrierte

¹ Rede von Außenministerin Annalena Baerbock im Deutschen Bundestag zur Außen-, Europa- und Menschenrechtspolitik, 12.01.2022, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2506188>

² Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 19/32058, S.5/6, Deutscher Bundestag Drucksache 19/32526, 19. Wahlperiode, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/325/1932526.pdf>.

³ Fact Sheet: 2022 National Defense Strategy.

<https://media.defense.gov/2022/Mar/28/2002964702/-1/-1/1/NDS-FACT-SHEET.PDF>

⁴ Rat der Europäischen Union Brüssel, den 21. März 2022 (OR. en) 7371/22, Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung, Die Rückkehr der Machtpolitik in einer umstrittenen multipolaren Welt, Anlage, ST-7371-2022-INIT/de/pdf. <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/S.7>

⁵ NATO, Communiqué des Brüsseler Gipfels 14. Juni 2021, Pressemitteilung (2021) 086, Veröffentlicht am 14. Juni 2021, Letzte Aktualisierung 17. Juni 2022, Pkt. 2, e, 55.

https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_185000.htm. (Kursive Hervorhebung A.S.)

Welt, deren Alliierte sowie Partner, um deren gemeinsame Werte und Interessen durchzusetzen, freie, offene, demokratische, inklusive, regelbasierte, stabile sowie vielfältige Regionen zu erhalten und zu fördern.“¹ Der Senat des Kongresses beschloss in Resolution 122 am 11. Mai 2022 “to defend *the rules-based order* and the values of democracy, human rights, and the rule of law that undergird our common security and prosperity.”²

“Prosperity” und deren Erhalt dürften vorrangige Motive amerikanischen weltpolitischen Agierens sein. Was die USA nicht verhehlen: „Der größte Teil der Menschen, Ressourcen und wirtschaftlichen Aktivitäten der Welt befindet sich nicht in der westlichen Hemisphäre, sondern in der anderen Hemisphäre, insbesondere in Eurasien“ – so veröffentlicht und aktualisiert vom US-Congress Research Service am 19. April 2022. Weiter heißt es: „Als Reaktion auf dieses grundlegende Merkmal der Weltgeographie haben sich die politischen Entscheidungsträger der USA in den letzten Jahrzehnten dafür entschieden, als Schlüsselement der nationalen Strategie der USA das Ziel zu verfolgen, das Entstehen regionaler Hegemonen in Eurasien zu verhindern. Dieses Ziel spiegelt eine amerikanische Sichtweise der Geopolitik und Grand Strategy wider, die von amerikanischen Strategen und Politikern während und in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt wurde.“

Ein „Congressional Bills“ Strategiepapier unter dem Titel „The United States global leadership role“ stellt fest: Zu den “Basen großräumiger, langfristiger U.S.-Militäroperationen gegen China und Russland” gehören “US-Allianzen und -Partnerschaften, einbegriffen die NATO, *welche geschaffen wurde*, um die Sowjetunion (heute Russland) daran zu hindern, regionaler Hegemon über Europa zu werden.“³ Diese Strategie ordnet den Kampf um „global leadership“ in eine „Post-Cold War Era of International Relations“ oder “langfristige strategische Rivalität” ein. Was de facto auf „open end“ hinaus läuft. Den Beginn dieser Ära verorten die USA bei der „Einnahme und Annexion der Krim durch Russland im März 2014“, dessen „Handlungen in der Ost-Ukraine“ sowie „Chinas Vorgehen im Ost- und Süd-Chinesischen Meer.“⁴ Anders gesagt: Die Ära “langfristiger strategischer Rivalität” ist schon Realität und determiniert Amerikas Positionierung und Verhalten gegenüber Russlands im Ukraine Konflikt.

So stellte Gregory W. Meeks, Vorsitzender des außenpolitischen Kongressausschusses 2021 „umfassende Rechtsvorschriften“, den so genannten „EAGLE Act“ unter der Bezeichnung „Ensuring American *Global* Leadership and Engagement“⁵ vor.

¹ The United States global leadership role, Congressional Bills 117 th Congress 2021/2022, [From the U.S. Government Publishing Office], [S. 1169 Reported in Senate (RS)], STATEMENT OF POLICY, BILLS-117hr3524ih.pdf (congress.gov) (1), (Kursiv A.S.)

² Proceedings and Debates of the 117 Congress, second Session, Congressional Record – Senate, Res. 122, Washington, Wednesday, May 11, 2022, Vol 168, No 80, S2458, point 6, file:///I:/Dateien%20Arne%20ASUS/USA/Congresional%20Record_Mai%202022_CREC-2022-05-11-pt1-PgS2455-9.pdf. (Übersetzung und Kursiv A.S.)

³ The United States global leadership role, Congressional Bills 117th Congress 2021/2022, [From the U.S. Government Publishing Office], [S. 1169 Reported in Senate (RS)], STATEMENT OF POLICY, (1), S.4 (Kursiv, A.S.)

⁴ Great Power Competition, S.25, 21

Dieser „EAGLE Act“¹ breitet auf 470 Seiten eine *globale* Kampfstrategie gegen China aus. Die Vorschriften sehen u.a. vor: „Stärkung der amerikanischen Führungsrolle in internationalen Organisationen, wie den Vereinten Nationen, sowie regionalen Organisationen;“ „Nutzung von bilateralen und multilateralen Abkommen über Handel und Investitionen sowie Verhandlungen in der WTO dazu, um die Regeln für kritische wirtschaftliche Fragen zu bestimmen und die wirtschaftliche Führungsrolle der Vereinigten Staaten zu gewährleisten“. (S. 42) „EAGLE Act“ unterstreicht die besondere Bedeutung amerikanischer globaler Führung, Transatlantischer Kooperation, NATO und EU-Europa.

Der Direktor des „Defense-Programms, Center for a New American Security“, Elbridge Colby, äußerte im Dezember 2021 bei der „Atlantik-Brücke“, die USA würden auf Mitwirken der NATO in „Great Power Competition“ gegen Russlands und China besonders Wert legen: „Wenn es die NATO noch nicht gäbe, müsste sie jetzt geschaffen werden.“ Sie sei im Kern eine Sicherheitsallianz und mit 29 Staaten sehr breit gefächert. „Ich bin mir nicht sicher, ob sie ausreichend zusammenhält“. [...] „*Was ihr fehlt, ist eine wirkliche Bedrohung, so wie die der Sowjetunion.*“ Colby fordert dazu auf: „Wenn Europa mehr Verantwortung gegenüber Russland schulterte, dann würde das den Vereinigten Staaten erlauben, sich noch stärker auf China zu konzentrieren.“²

Alle diese dargelegten US-Konzeptionen widerspiegeln die Bandbreite internationaler Absichten, die sich ein „kollektiver Westen“ für die internationalen Beziehungen in einer multipolaren Welt zu Eigen macht.

2. „Regelbasierte internationale Ordnung“ – eine Wertung

Eine internationale Ordnung kann auch in die Krise geraten, wenn erkennbar wird, dass sie sich an eine größere Veränderung in den Beziehungen von Mächten nicht anzupassen vermag. –Henry Kissinger³

„Regelbasierte internationale Ordnung“ – was soll das sein? Worauf zielt sie? Wessen Charaktere sind sie? Stärken sie völkerrechtliche Stabilität oder bewirken sie Instabilität?

Qui bono?

Die Erklärung der Außenministerinnen und -minister der G7 vom 7. November 2022 formuliert unmissverständlich Ziel sowie Inhalt der „regelbasierten internationalen

⁵ Gregory W. Meeks (D-NY), House Foreign Affairs Committee, Ensuring American Global Leadership and Engagement (EAGLE) Act, https://foreignaffairs.house.gov/press-releases?ContentRecord_id=125BC540-8DD6-44A4-938A-FDC668777580.

¹ , A BILL To revitalize and reassert United States leadership, investment, and engagement in the Indo-Pacific region and globally, 117TH CONGRESS, 1ST SESSION H. R. II, IN THE HOUSE OF REPRESENTATIVES G:\CMTE\FA\17\MISC\BILLS\CHINA.XML.
<https://www.startpage.com/do/search?query=G%3A%5CCMTE%5CFA%5C17%5CMISC%5CBILLS%5CCHINA.XML&lui=deutsch>.

² Elbridge Colby, The number one national security priority is great power competition, Atlantik-Brücke, 21.12.2021. (Kursiv und Übersetzung A.S.)

³ Henry Kissinger, Welt Ordnung, Pantheon Verlag, München 2016, S. 417

Ordnung“ – „Wir setzen uns dafür ein, die regelbasierte internationale Ordnung zu *schützen* und zu *fördern*“¹.

Mit anderen Worten: Der Westen kreierte seine weltpolitische Doktrin, um *sein*, auf die USA und ihre engsten Verbündeten beschränktes, System internationaler Normen und Institutionen auch unter multipolaren Bedingungen durchzusetzen und international auszuweiten. Dem dienen Systeme internationaler Indoktrination westlicher Demokratie, „Regime Change“ eingeschlossen sowie ein Weltwirtschaftssystem (Universal Economic System, UES²) mit einem weltwirtschaftlichen Regulierungsmonopol. Vor allem die Verteidigung letzterer Systeme bildet den Kern jener „regelbasierten internationalen Ordnung“.

Jener Anspruch erweist sich in der internationalen Realität für den Westen als überaus risikoreiches Unterfangen, ungewohnt und unübersichtlich. Vor allem die rasanten Veränderungen sind es, welche nach 1990 die Dynamik der „beiden Kernprozesse - Zusammenbruch des Sozialismus und Aufstieg des Südens“³ spannungsgeladener verlaufen ließen, als vom Westen für möglich gehalten.

Insbesondere beim Aufstieg des Südens handelt es sich um qualitative sowie quantitative Veränderungen *objektiver* Natur. Sie zu kontrollieren, beherrschen oder gar zu stoppen wird der Westen nicht mehr vermögen. Einige Umwälzungen sind bereits epochemachend - in der Geopolitik, der Weltwirtschaft, im System der internationalen Beziehungen und Organisationen, wo Interessen und Einfluss dynamischer postkolonialer Staaten und Regionen weder ignoriert werden, noch auf- oder umkehrbar sind. Gemäß Hans-Joachim Spanger „steht außer Frage, dass im internationalen System eine Machtverschiebung stattgefunden hat und dass dies den Westen eher geschwächt als gestärkt hat...Das proklamierte ‚Bündnis für Multilateralismus‘ sowie die von der Europäischen Union angestrebte ‚strategische Autonomie‘ sind Abwehrreaktionen“⁴.

„Keine Frage, die Grundlagen für eine neue Weltordnung sind längst gelegt.“ So beurteilen Gregor Schöllgen und Bundeskanzler Gerhard Schröder die Lage, in welcher der Westen sich befindet.“ Und weiter führen sie aus: „Während die überlebenden Architekten der alten Weltordnung, namentlich Nordamerikaner und Westeuropäer, seit 30 Jahren in deren Strukturen festsitzen, haben andere, allen voran die Chinesen, das Heft des Handelns in die Hand genommen und Fakten geschaffen. Diese Fakten mögen uns nicht gefallen, aber wir haben keine Wahl. Wir müssen sie als Elemente einer bislang ohne unser Zutun aufgebauten Ordnung akzeptieren. Tun wir das nicht, werden wir scheitern.“⁵

¹ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/g7-erklaerung/2562006>. (Kursiv Autoren)

² Royal United Services Institute for Defence and Security Studies, a.a.O. S. 4.

³ Jörg Goldberg, Die Emanzipation des Südens, Papy Rossa Verlag, Köln 2015, S. 12

⁴ Hans-Joachim Spanger, Rethinking European Security, October 2019, FES Regional Office for Cooperation and Peace in Europe, Vienna, S.8, <https://www.fes-vienna.org/e/new-publication-rethinking-european-security>. (Übersetzung aus dem Englischen A.S.)

⁵ Gregor Schöllger, Gerhard Schröder, Letzte Chance, Warum wir jetzt eine neue Weltordnung brauchen, Deutsche Verlags-Anstalt, 2021, S. 218

Dass „wir“ das Gegenteil tun, verdeutlichen offizielle Dokumente von NATO, EU, Parlamenten, Regierungen etc. Transatlantische Allianz, NATO und EU haben den Anspruch auf eine „regelbasierte internationale Ordnung“ in ihre Programmatik sowie Aktionsorientierungen integriert, was diesen offensiven, militanten Blockcharakter verleiht. Davon zeugt, dass die NATO sich, parallel zu ihrer in erster Linie gegen Russland und China gerichteten eurasischen Stoßrichtung, mit einem „360-Grad-Ansatz“¹ der Globalität des „regelbasierten internationalen Ordnungsanspruch“ anpasst: „Engagement mit wichtigen globalen Akteuren ...außerhalb des euro-atlantischen Raums, einschließlich aus Afrika, Asien und Lateinamerika.“ (FN 6, Pkt. e) Die neuen Operationsräume betreffen zielgenau jene Regionen, aus denen neue Staatenverbünde wie „BRICS“ und die „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“ ihr alternatives, antihegemoniales Staaten- und Kräftepotential schöpfen, welches sich des Westens „regelbasierter internationalen Ordnung“ entgegen stellt.

Die NATO beginnt damit, ihre primär militärische Berufung um „zivile rechtsstaatliche“ Ressorts eindeutig innenpolitischen Charakters zu erweitern. „Heute unterstützen wir die neue Politik der NATO zur Verhütung und Reaktion auf konfliktbedingte sexuelle Gewalt, ein wegweisender Beweis für unser Engagement für die Bekämpfung solcher Gewalt, die Einzelpersonen und Familien langfristig stigmatisiert und traumatisiert, zu ihrer Marginalisierung beiträgt, das soziale Gefüge von Gemeinschaften zerstört, Vertreibung auslöst, die Aktivitäten bewaffneter Akteure anheizt, anhaltende Konflikte und Instabilität fördert und ein Hindernis für einen dauerhaften Frieden darstellt und Versöhnung.“ (ebenda Pkt. 60)

Zu schlussfolgern ist: Der Westen vollzieht mit seiner *strategischen Doktrin* einer „regelbasierten internationalen Ordnung“, dem Anpassen und Inkorporieren einer reformierten NATO als offensiven militärpolitischen Nukleus sowie der Europäischen Union einen qualitativen und quantitativen Übergang der Gesamtheit seiner Ziele, Instrumente und Feindbilder. Gleiches trifft zu für die Positionierung seiner meisten Staaten, Führungen und kollektiven Bündiskonstruktionen in der internationalen Politik. Offenbar trachtet US-Amerika danach, die *europäischen* Glieder der Transatlantischen Allianz in eine „Ära“ „langfristiger strategischer Rivalität“ („Post-Cold War Era of International Relations“²) mit Russland und China in Eurasien zu verwickeln. Professor John J. Mearsheimer, Politikwissenschaftler an der Universität Chicago, schätzt ein: „The United States announced its intention to knock Russia out of the ranks of great powers.“³

Objektive qualitative und quantitative Veränderungen oder „aufsteigender Süden“?

¹ NATO 2030, Reflection Group co-chaired by Thomas de Maizière and A. Wess Mitchell, 25 November 2020, 201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf (nato.int), S.13.

² Renewed Great Power Competition: Implications for Defense—Issues for Congress, updated January 27, 2021, <https://crsreports.congress.gov, R43838>

³ „Die USA verkündigten ihre Absicht, Russland als Großmacht zu eliminieren.“ John J. Mearsheimer, Playing With Fire in Ukraine, The Underappreciated Risks of Catastrophic Escalation, Foreign Affairs August 17, 2022, <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/playing-fire-ukraine>

Die „Supermächte des Kalten Kriegs (werden) von den Kernstaaten der großen Kulturkreise abgelöst.“ – Huntington ¹

Dass neue Räume wirtschaftlicher und politischer Weltgeltung heranwachsen, kann nicht überraschen. Sie sind Produkte längerer Evolutions-, Akkumulations- und politischer Erfahrungsprozesse. Bei Letzteren dürfte nicht zuletzt emanzipatorisches Begehren seine Rolle spielen. Emanzipatorisch im Sinne eines „Abnabelns“ von den Fesseln Jahrhundertlicher Hegemonie durch die nordatlantische Welt sowie deren kolonialer und neokolonialer Vorherrschaft.

Des „weißen Mannes“ geostrategisches Selbstverständnis war stets ein „erstklassiges“. Ein mehr oder weniger gering gehaltenes „drittklassiges“ hatte für ihn jene Ursprungswelt der heutigen neuen Mächte eine – unverzichtbarer Rohstoffquell Absatzmarkt. Zwischen dieser dritten Welt lag bis 1990 eine zweite, die sich als sozialistisches Weltsystem, anti-imperialistisch und Verbündeter antikolonialer nationaler Befreiungsbewegungen verstand. Sie zermalmt den Ost-West-Antagonismus zweier sich gegenseitig bekämpfender Gesellschaftsordnungen in der Periode des Kalten Kriegs.

Dass die vormals „erste Welt“ nunmehr den Brecher ihrer Jahrhunderte langen globalen Hegemonie ausgerechnet in der einstmaligen „dritten Welt“ findet, ist ein beachtenswerter Vorgang: Diese ist heute in den konfliktreichen internationalen Prozessen zur „zweiten Welt“ avanciert. Sie hat ihre vielfältigen Potenziale mit 4.5 Milliarden Menschen allein in Asien bei Weitem nicht ausgeschöpft. Was sich ändert, sobald sie ihre Ressourcen eigener Regie unterwirft. Jene „2. Welt“ hat sich ihrer fremdbestimmten sekundären Qualifizierung entledigt. Sie erkennt des Westens Selbstplatzierung als „Eins“ nicht an. Darin besteht die neue Qualität, welche die internationale Dynamik der Multipolarität antreibt.

An der Spitze jener neuen internationalen Kraft steht die Großmacht China mit einer Kommunistischen Partei als ordnungspolitischer Autorität. Deren rasante ökonomische Innovations- und Leistungsfähigkeit stellt zurzeit westliche in den Schatten. Russland ist, trotz wirtschaftlichen Schwächelns, ein Sechstel der Erde und militärisch nukleare Großmacht. Mit seinen 110 Millionen westlich des Urals lebenden Einwohnern ist es Europas bevölkerungsreichster Staat. Russlands Rohstoffreserven sind mit etwa 20 bis 30 % die wahrscheinlich größten der Welt.

Mit BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) entstanden einflussreiche regionale Zusammenschlüsse und euroasiatische Gravitationszentren. Die Mitgliedsstaaten der SOZ² vertreten circa 40 % der

¹ Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen, Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Europaverlag, München/Wien, 1997, S. 246

² Der SOZ gehören an: Volksrepublik China, Indien, Iran; Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan. Beobachterstatus: Afghanistan, Weißrussland, Mongolei. Beitrittsantragssteller: Bangladesch, Syrien, Israel, Malediven, Ukraine, Irak, Vietnam, Bahrain. Dialogpartner: Armenien, Aserbaidschan, Katar, Kambodscha, Nepal, Saudi Arabien, Sri Lanka, Türkei. Gastteilnehmer auf Gipfeltreffen: Turkmenistan; ASEAN; CICA-Conference on Interaction and Confidence-Building Measures in Asia; GUS-Gemeinschaft Unabhängiger Staaten; EAES_Eurasische Wirtschaftsunion; OVKS-Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit; USA; UNO

Weltbevölkerung, womit sie weltweit größte Regionalorganisation ist. Im Westen noch immer geringgeschätzt, sind diese und andere regionale Zusammenschlüsse ernst zu nehmen.

Kalter Wertekrieg

„Die vornehmste Aufgabe der führenden Politiker des Westens ist nicht, andere Kulturen nach dem Bild des Westens umformen zu wollen.“ – Huntington¹

Die Inrechnungstellung der Pluralität gesellschafts-, ordnungspolitischer und wertmäßiger Systeme hat Friedens politischen Bezug: Die Art und Weise sowie die politischen *Intentionen*, mit denen herrschafts-, kulturelle- und sozio- strukturelle Unterschiedlichkeit wahrgenommen wird, entscheiden ganz wesentlich darüber, welchen internationalen Steuerungsinstrumenten sich die Staaten zuwenden – entweder hegemonial und konfrontativ oder koexistenziell, konfliktpräventiv und friedensorientiert?

Erfahrung besteht bereits: Unmittelbar nach dem Systemkollaps des sozialistischen Lagers entwickelten Politiker und Akademiker des Westens eine komplexe Strategie externer Intervention und Überwachung in und von nahezu sämtlichen gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Sphären jener vormals nichtkapitalistischen Staatengruppe. Die Absicht bestand darin, des Westens wirtschaftliches, politisch normatives und institutionelles Weltbild osteuropäischen und „postsowjetischen“ Staaten zu transplantieren, um das eigene zum dominierenden auszuweiten. Dabei erwies sich der Umgang mit der vorgefundenen Vielfalt autochthoner gesellschafts-, kultureller- und wertemäßiger Systeme als außerordentlich kompliziertestes Konfliktfeld, welches im zentralasiatischen Umfeld in einen Bürgerkrieg glücklicherweise nur in Tadschikistan entartete.

Die Doktrin der „*regelbasierten internationalen Ordnung*“ ignoriert nicht nur diese alarmierenden Erfahrungen, sondern internationalisiert jenes Konfliktfeld des „Kampfes der Kulturen“². Sie verwickelt Europa direkt in den sensiblen, hochideologisierten Komplex von Ideen, Normen und Werten „nicht-europäischer“ Völker und Gesellschaften. Das konkret Offensive jener Doktrin steckt in der Selbstermächtigung zu „*regime change*“ und Installation „*Bündnis gerechter*“ Regime.

Die Doktrin der „*regelbasierten internationalen Ordnung*“ globalisiert das unverminderte Festhalten des Westens am Trachten, seinen „Wertekanon“ weltweit zu verankern und dafür internationale Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei verschließt er seine Augen davor, dass realiter trotz Globalisierung und neoliberaler Steuerung keine allgemeine Angleichung der Systeme, Kulturen, Werte und Strukturen stattfand. Im Gegenteil: Skepsis gegenüber westlichen (fremden) Wertvorstellungen und Verhaltensweisen lässt weltweit nicht nach.

Selbst die Globalisierung des Kapitalismus nach 1990 öffnete dem westlichen politischen- und Wertesystem keine Automatismen für sein Vordringen. Vielmehr zeugen negative

¹ Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen: die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert; Europaverlag, München/Wien, 1996

²

Resultate und Erkenntnisse aus den Transplantations- und Transformationsbestrebungen des Westens nach 1990, sowohl im eigenen, nunmehr „kapitalisierten“ Raum der OSZE, als auch im kapitalistischen, sich emanzipierenden „Süden“: „Kapitalismus versteht sich hervorragend mit unterschiedlichen ‚traditionellen‘ Institutionen und Organisationen, diese nutzt und sich anpasst, sie aber keineswegs beseitigt oder durch ‚moderne‘ ersetzt. Der Prozess der Verwandlung von Ländern und Regionen in kapitalistische Gesellschaftsformationen bedeutet, dass die kapitalistische Produktionsweise mehr oder weniger rasch zur dominierenden wird, die gesamte Gesellschaft kapitalistisch überformt, ohne dass dies zu einer globalen Einebnung von Institutionen und Kulturen führt.“¹

Der Westen wird mit seinem Wertemissionarismus sich noch für lange Zeiten die Zähne an den autochthonen Struktur- und Wertegefügen² anderer Gesellschaften ausbeißen. An deren sozialstrukturell und geopolitisch stabilen, *extern* so gut wie nicht ausmerzbaaren Barrieren. Das gilt umso mehr, je weiter er nach Osten und Süden vorzudrängen trachtet. Merkwürdigerweise kommt ihm bei seinem universalen Anspruch auf ordnungspolitische Hegemonie die Makrostruktur der real existierenden Welt wenig oder gar nicht in den Blick. In dieser ist nämlich „das Modell des leistungsfähigen, marktwirtschaftlich orientierten und demokratischen Rechtsstaates noch längst nicht zum globalen Standard geworden“.³

Die Bilanz des Werteexports ist für den Westen selbst im eigenen eurasischen Raum der OSZE nicht ermutigend, wie die Beispiele osteuropäischer EU- und NATO-Mitglieder sowie der zentralasiatischen Staaten verdeutlichen.

Gruppe osteuropäischer EU- und NATO-Mitglieder: Ihnen fiel es nach 1990 nicht schwer, sich von russisch/sowjetischer ordnungspolitischer Orientierung zu lösen. Von ihr häuteten sie sich relativ zügig, um sich für die systemischen Regeln und Vorschriften der EU fit zu machen. Sie brauchten rund zwanzig Jahre, um zu realisieren, dass sie eine neue (EU-) Überfremdungsordnung national fesselt: Sie erweist sich als hegemonial im eigenen politischen Raum der EU. Auch der „Brexit“ Großbritanniens mahnt zu gründlichem Ursachenerhellen. Insbesondere des Premierministers fundamentaler Satz „We got our freedom back“.

Zentralasiatische Staaten: Obgleich die jungen souveränen zentralasiatischen Staaten als Schwerpunkt der „human Dimension“- Offensive galten, folgten deren Führungen eigenen traditionellen Strukturen, Regeln und islamischer Religion. Nach siebzig Jahren systemischer Überfremdung durch ein für sie „fremdes“ europäisches, sowjetisches Regime versagten sie sich westlichen europäischen, erneut nicht autochthonen Experimenten. Für sie waren auch in sowjetischen Zeiten Moskau und Kreml „Westen“, weshalb sie ihren nationalen Weg bevorzugten. Er erweist sich als sultanische Obrigkeitsvariante. Heute ist Zentralasien erneut

¹ Jörg Goldberg, Die Emanzipation des Südens, PapyRossa Verlag, Köln, 2015, S. 103/10

² Unter Struktur- und Wertegefüge werden hier wie „eherne, in der Gesellschaft eingebettete und geronnene Standards“ verstanden. „Manche dieser Strukturen ‚verfügen über so unerschöpfliche Ressourcen, dass sie im Grunde eben so ‚hart und unabänderlich sind wie ultimative Selbstverständlichkeiten.‘“ Eva von Redecker. Praxis und Revolution, Campus Verlag, 2018, S. 148/49

³ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Transformationsindex BTI 2012, <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/307.htm>

muslimisch mit brüchigem Säkularismus. Die Frage nach der perspektivischen ordnungspolitischen Ordnung ist offen. Ein diese Staaten zwar rhetorisch kritisierender Westen sah in jener Gegensätzlichkeit von Werteorientierungen und politischer Wunschsysteme schlussendlich keine Barriere, die Region als logistisches Hinterland für die NATO-Operationen in Afghanistan zu gewinnen und zu nutzen.

Regionale Dossiers:

Achim Wahl

Lateinamerika und die „wertebasierte internationale Ordnung“

Ringens Lateinamerikas um nationale Souveränität

Im Essay „Staatlichkeit und Transformationsprozesse in Lateinamerika“¹ wird festgestellt: „Zentrales Feld staatlicher Reorganisation betrifft ein konstitutives Merkmal des peripheren Staates, seine strukturelle Außenabhängigkeit in ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht und seine nur partielle und konditionierte Souveränität.“ Daraus wird gefolgert, dass die „Wiedererlangung (oder erstmalige Gewinnung) der vollen Souveränität...nicht nur ökonomisch von höchster Bedeutung“ ist. Das heißt auch „Dekolonisierung“ und Kampf um die „nationale staatliche Kontrolle“ über die „nationale Aneignung des Mehrprodukts“² Dieser „politisch-diplomatische Kampf gegen die bisherigen ausländischen Nutznießer ist langwierig“ und umfasst auch „die Wiedererlangung der militärischen und geheimdienstlichen Souveränität, die durch jahrelange Subversion aus dem „Norden“ untergraben worden ist.“

Diese Einschätzung gewinnt um sehr mehr an Bedeutung, wenn nach der „Monroe-Doktrin versus Bolivarianischer Panamerikanismus“ – nach der Position der Länder Lateinamerikas in der heutigen Welt gefragt wird. In einem Interview im „Jacobin“ vom 29. Juni 2022 erklärte Noam Chomsky, dass mit der Ausweitung der Produktion fossiler Rohstoffe und der außerordentlichen Ausweitung der Militärausgaben Lockheed Martin oder Exxon Mobil „in Ekstase leben. Sie werden gelobt, weil sie die Zivilisation retten, obwohl sie dabei sind, das Leben auf der Erde zu zerstören. Insbesondere das Leben im Globalen Süden.“

Aus lateinamerikanischer Sicht betrachtet, „betrifft die veränderte Weltsituation alle Teile des Planeten, die den Beginn einer neuen Epoche ankündigt. Auch Lateinamerika und die Karibik sind davon betroffen. Allerdings kommt diese Veränderung in einer Zeit des Übergangs, des Abgehens vom Neoliberalismus, forciert vom Norden, hin zu einem

¹Dieter Boris „Staatlichkeit und Transformationsprozesse in Lateinamerika – Eine aktuelle Debatte“, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2013, Seite 24.

²Ebenda

Integrationsprozess, wie er zu Beginn des XXI. Jahrhunderts in Lateinamerika begonnen wurde.”¹

Schon vorangegangene Ereignisse, wie die Wahl Trumps zum US-Präsidenten oder der Brexit, hatten signifikante Auswirkungen auf Lateinamerika und brachten neue Gefahren für die politische und wirtschaftliche Entwicklung mit sich. Die Abhängigkeit Lateinamerikas vom Ausland wurde nicht geringer. Um Venezuela als dem größten Land in der Karibik, dem “mare nostrum americano”, verschärfen sich die Gegensätze. Es ist ein gefährlicher Konflikttherd: Wesentlich abhängig vom US-Kapital, verkauft es mehr und mehr Erdöl an China und verschuldet sich gegenüber Russland. Nicht nur Obama sondern auch Biden erklärten Venezuela und auch Kuba als Gefahren für die nationale Sicherheit der USA. Kolumbien wurde im Mai 2018 assoziiertes Mitglied der NATO.²

Erschwerend für Lateinamerika in seiner Differenziertheit wirkt sich aus, dass die wirtschaftliche Situation durch eine Kombination struktureller Probleme mit den abhängigen finanziellen und wirtschaftlichen Produktionsstrukturen und der daraus resultierenden internationalen Arbeitsteilung charakterisiert wird. Die Art und Weise der Kapitalakkumulation und die Strukturen der Abhängigkeit von Rohstoffexporten und Importen von Fertigwaren seit den 50-er Jahren des XX. Jahrhunderts haben sich nicht wesentlich verändert.

Sowohl in den USA wie auch in Europa wird darüber nachgedacht, dass es nach Trump und mit US-Präsident Biden an der Zeit sei, „über die Werteverbundenheit zwischen Lateinamerika und der westlichen Welt nachzudenken: Über gemeinsame wirtschaftliche und politische Chancen.“³ Befürchtet wird, dass nichtwestliche Kräfte politisch und wirtschaftlich Einfluss auf Regierungen und Gesellschaften gewinnen, sich Nationalismus verbreitet und rechte Kräfte ihren Einfluss verstärken. In solcher Art „Befürchtungen“ wird ausgeklammert, dass es die Widersprüche des abhängig entwickelten kapitalistischen Gesellschaftssystems der lateinamerikanischen Länder sind, die diese Erscheinungen hervorbringen. Hinzu kommt, dass die Interessen dieser Länder bestimmt werden durch ihre Stellung im internationalen System und „die zunehmende Forderung nach einer gerechteren Verteilung der ökonomischen Vorteile, die Lateinamerika in die Nord-Südverhandlungen eingebracht hat“. Das muss von den westlichen Staaten anerkannt werden. Denn „wenn Westeuropa (und der Norden) ...hinhaltend reagieren, wird Lateinamerika... unter Umständen eine radikalere Haltung einnehmen und seine Bindung an die Dritte Welt verstärken.“⁴ Das verdeutlicht, dass lateinamerikanische Positionen weniger von „Werten“ als von konkreten Interessen bestimmt werden.

Die Monroe-Doktrin versus Bolivarianischer Panamerikanismus

¹<https://www.alai.info/americalatina-conflicto-mundial/>

²Im März 2022 erklärte US-Präsident Joe Biden, dass Kolumbien einen Status als assoziiertes Mitglied der NATO mit besonderen Vorteilen erhält.

³<https://www.kas.de/de/veranstaltungen/detail/-/content/lateinamerika-nach-trump>,

⁴„Lateinamerika – Westeuropa – Vereinigte Staaten: Ein atlantisches Dreieck?“, Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik, Wolf Grabendorf/Riordan Roett (Hrsg.), Seite 107-108

Die Monroe-Doktrin, 1823 von Präsident James Monroe erklärt, bleibt über Jahrhunderte Grundlage der Außenpolitik der USA gegenüber Lateinamerika: "Jegliche Einmischung eines europäischen Staates mit dem Ziel, sich in einen unabhängigen Staat einzumischen oder ihn zu dominieren, kann nicht anders gesehen werden als eine feindliche Aktion gegen die USA".

Die USA haben seit dem XIX. Jahrhundert ca. 10.000 mal in lateinamerikanischen Staaten militärisch interveniert, sie okkupiert oder "regime-changes" vollzogen. Einige wesentliche Beispiele: Sturz des Präsidenten Jacobo Àrbenz 1954 in Guatemala, Putsch General Stroessner 1954 in Paraguay, 1961 CIA-Invasion in der kubanischen Schweinebucht, 1964 Putsch gegen Joa Goulart durch General Castelo Branco in Brasilien, Militärintervention der USA in der Dominikanischen Republik, 1973 Militärputsch in Uruguay, am 11.9.1973 der Putsch Pinochets gegen die Unidad Popular und den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende, im März 1976 der Putsch in Argentinien, die USA unterstützen das brutale Somoza-Regime in Nicaragua und die Contras, 1983 die Militärintervention in Grenada, 1989 die Militärintervention in Panama und schließlich der Putsch gegen Präsident Zelaya im Juni 2009 in Honduras. Der Bürgerkrieg in Kolumbien zog sich unter der Losung "Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit" über 60 Jahre hin und forderte Tausende Tote, Vertriebene und sozial Geschädigte.

Im Sinne dieser Doktrin wurde 1910 die Panamerikanische Union gegründet, die später mit Roosevelt in die Periode der "Guten Nachbarschaft" übergeleitet wurde. Es folgten, dominiert durch die USA, die "Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) und der "Interamerikanische Vertrag der Gegenseitigen Unterstützung (TIAR). John F. Kennedy legte die "Allianz für den Fortschritt" und den Plan Condor auf. Bush sen. initiierte den "Freihandelsvertrag der Amerikas" (ALCA). Schließlich war es Bill Clinton, der den "Washingtoner Konsens" erfand und damit die Periode der Politik des Neoliberalismus einleitete, die nach dem Putsch Pinochets in Chile praktisch erprobt wurde.

Von Anfang an verfolgten die USA das Ziel, die kubanische Revolution zu ersticken und das Beispiel einer nationalen Befreiung für Lateinamerika in ihrem „Hinterhof“ auszulöschen. US-Präsident Eisenhower verhängte 1960 ein erstes Wirtschaftsembargo gegen Kuba, weil die kubanische Regierung Eigentum von US-Bürgern enteignete. Am 14.9.2009 erklärte Barack Obama, dass die USA „im nationalen Interesse“ die Wirtschaftsblockade gegen Kuba aufrecht erhalten werden. Die Verlängerung der Blockade entsprang nicht irgendeinem Wunschenken der Regierung Obama. Obama setzte – unabhängig von allem Gerede um „Veränderungen“ der Politik gegenüber Lateinamerika – die traditionelle Politik der USA gegenüber Lateinamerika fort.

Die Geschichte der Beziehungen der USA zu ihren mittelamerikanischen und südamerikanischen Nachbarn lässt sich als die Geschichte des Strebens dieser Länder nach Unabhängigkeit und Freiheit und der Politik der USA nach beständiger und nachhaltiger Einflussnahme auf Politik und Wirtschaft charakterisieren. 1846 beginnt der Krieg der USA gegen Mexiko, das Texas verliert. Später "erobern" die USA Arizona, Neu-Mexiko, Kalifornien, Nevada, Utah und Wyoming. 1898 beginnt der Spanisch-Nordamerikanische Krieg (der erste

imperialistische!) und die USA setzen sich in "einen sehr guten kleinen Krieg" (nach Staatssekretär John Hay) in Kuba, Puerto Rico, den Philippinen und Guam fest.¹

Dagegen steht das Streben lateinamerikanischer Kräfte nach Zusammenschluss der ehemaligen spanischen Kolonien. In der "Carta de Jamaica" von 1815 forderte Simon Bolivar, el Libertador (der Befreier), die Unabhängigkeit der ehemaligen spanischen Kolonien und proklamierte ihre zukünftige Einheit. Sein Ziel: "Integration in Freiheit". Das Dokument ist die Basis der Bolivarianischen Doktrin der Einheit und Unabhängigkeit Lateinamerikas. Ende 1824 lädt Bolivar alle unabhängigen Staaten Lateinamerikas zum Kongress ein, um in Freiheit alle Länder Lateinamerikas als Konföderation zusammen zu schließen. Der Traum der "Patria Grande" endete nicht mit dem Tod Bolivars. Die Auseinandersetzung um nationale Unabhängigkeit und lateinamerikanische Einheit setzt sich bis heute fort.

Die geschichtliche Entwicklung zeigt, dass die Interessen der USA wesentlich von denen der Mehrheit der lateinamerikanischen Länder abweichen. Panamerikanismus im lateinamerikanischen Verständnis heißt Unabhängigkeit und kontinentale Einheit. Die USA hingegen verstehen darunter Hegemonie in der Region.

Detailliert aufgeschlüsselt finden sich diese US-Interessen in den Dokumenten von Santa Fe I bis III. Nach Wikipedia sind die Dokumente "von der CIA in den Jahren von 1980 bis 1986 erarbeitete Dokumente. Sie entstanden aus Befürchtungen linker Propaganda in der Region und dienten als operative Basis der Festigung der politischen Dominanz der USA in Lateinamerika."² Im Dokument Santa Fe IV (publiziert 1997) wurde die Frage nach der Verteidigung der westlichen Hemisphäre gestellt: "Worin besteht die Bedrohung? Wie schon die Papiere Santa Fe I, II und III feststellten, stehen die USA vor relativ klar definierten Gefahren....Heute ist sie als wesentlich schwieriger einzuschätzen und ist schwer zu definieren. Fidel Castro hat sich nicht geändert. Jene, die ihn heute stützen, sind andere: Die Sowjets wurden ersetzt von den Narcoterroristen. Es scheint zudem, dass eine neue Gefahr mit besonderer Schwere sich auftut: die chinesischen Kommunisten. Sie sind präsent in Panama und haben die Sowjets in der Karibik ersetzt."³

Desweiteren werden konkrete Zielstellungen und Probleme benannt:

1. Kontrolle der Atlantischen Meerengen,
2. Nutzung des Panamakanals,
3. Sichere Südroute um das Kap Horn (Cabo de Hornos), alles dies im Rahmen der Seestrategie,
4. Sicherheit für alle Länder der Hemisphäre, die keine Feindseeligkeiten gegenüber den USA hegen. Desweiteren die zur Verfügung stehenden Naturressourcen der Hemisphäre, die unsere nationalen Prioritäten entsprechen. Eine "Monroe-Doktrin

¹www.rebellion.org, 10.4.2002, "La Doctrina Monroe y otros antecedentes históricos del ALCA"

² https://es.wikipedia.org/wiki/Documentos_de_Santa_Fe

³"Santa Fe IV. Die Zukunft der Amerikas: Themen für das kommende Jahrtausend", publiziert von Lewis Arthur Tambs, Professor der Arizona State University, in "Police Council", Frühjahr 1997

5. China als das wesentlichste strategische Problem....Es ist nicht nur eine Beunruhigung für die Hemisphäre, sondern es ist ein globales strategisches Problem...Russland ist zudem nur eins der beunruhigenden Probleme.”¹

Die Santa Fe-Dokumente sind die Fortsetzung und aktualisierte Version der Monroe-Doktrin. Die Neocons der Gegenwart betrachten diese Dokumente als Grundlage der Politik der USA gegenüber Lateinamerika.

Zweifellos werfen diese Feststellungen die Frage auf, wie sich das gegenwärtige Lateinamerika in die sich verschärfenden geopolitischen Auseinandersetzungen einordnet. Wie und in welchem Sinne sich Länder dieses Erdteils international positionieren oder , – und das erscheint im aktuellen Geschehen für sie wesentlicher zu sein -, welche politischen Ziele die sehr differenziert zu betrachtende lateinamerikanische Staatengemeinschaft verfolgt und welche Auseinandersetzungen sie national und international führt.

Lateinamerika – ein Kontinent auf der Suche nach Eigenständigkeit

In wechselnder Folge verzeichnet die neueste Geschichte Lateinamerikas starke Volksbewegungen und progressive Entwicklungen, die wiederum von regressiven und konservativen Bewegungen abgelöst werden. Diese Pendelbewegung abwechselnder Rechts- und Linksentwicklungen hat sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts verstärkt. In der politisch veränderten Situation mussten sich die alten Eliten nach der Entstehung von Linksregierungen, beginnend mit der Wahl Hugo Chavez´ 1998 in Venezuela bis hin zur Wahl von Fernando Lugos in Paraguay, umstellen. Nach anfänglicher Schwächung ihrer Positionen gelang es ihnen, neue Kraft zu schöpfen. Mit konstitutionellen Putschen wurden, beginnend mit dem Putsch in Honduras 2009 Präsident Zelaya und in Paraguay 2012 Präsident Fernando Lugo, gestürzt. In Brasilien folgte der konstitutionelle Putsch gegen Präsidentin Dilma Rousseff im August 2016.

Differenzierungen in der Entwicklung der lateinamerikanischen Länder verstärken sich auch in ihrem außenpolitischen Verhalten. Die aktuellen Prozesse verdeutlichen, dass Teile der lateinamerikanischen Eliten, die sich bisher der US-Hegemonie unterordneten, ihre Hoffnung auf eine für sie fruchtbarere Partizipation an den Prozessen der Globalisierung nicht erfüllt sahen. Sie wurden im Gegenteil mit geopolitischen Modellen konfrontiert, die auf Kampf um Territorien und um Ressourcen ausgerichtet sind. Sie sind nicht mehr bereit, sich einer unipolaren Herrschaft bedingungslos unterzuordnen, sondern sind bestrebt, in einer multipolaren Welt eine eigenständige Rolle zu spielen sowie eigene wirtschaftliche und politische Positionen auszubauen. Die Konjunkturlage zu Beginn des XXI. Jahrhunderts begünstigte die Bestrebungen der internen Bourgeoisie Brasiliens, Argentiniens, Mexikos, sich stärker in die Weltwirtschaft zu integrieren. ² Jedoch bremsen sie innere Reformprozesse aus oder versuchen, sie weitgehend mitzubestimmen.

¹Ebenda

²Klein, Wahl - „Progressive Transformationsprozesse in Lateinamerika – Auf der Suche nach progressiven Balancen“, Papers 1/2015, Hrsg. RLS, S. 37

Bezeichnend für die Position der Eliten ist jedoch, dass sie nicht bereit und in der Lage sind, reale nationale Projekte zu realisieren. Ihre Interessen sind – beispielhaft in einer Analyse “Politische und wirtschaftliche Eliten im heutigen Brasilien” beschrieben - “als historisch charakterisiert zur Maximierung ihres partikularen Nutzens” einzuschätzen.¹

Gleichzeitig setzen sich in den lateinamerikanischen Gesellschaften Transformationsprozesse im Verhältnis von Staat und Gesellschaft durch. Die aus der Kolonialzeit überlieferten etatistischen, stark zentralisierten Modelle des Staatsaufbaus werden in Frage gestellt, Autonomieforderungen werden erhoben und Entscheidungskompetenzen an der Basis verlangt. Für Linkskräfte ergeben sich günstigere Spielräume, Positionen zu besetzen, die bisher von den jeweiligen Eliten dominiert wurden. Für sie ist die demokratische Reform des Staates ein Teil der umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft und der Weg zur Verwirklichung der nationalen Souveränität. Unter den Bedingungen schärfster politischer Auseinandersetzungen – wie in Venezuela, Ecuador, Chile, Bolivien oder mit profaschistischen Kräften wie Bolsonaro in Brasilien – geht es um die Lösung sozialer Probleme, um die Sicherung einer eigenständigen nationalen Politik und die Fortführung lateinamerikanischer Integrationsprojekte. Beispiele dafür: UNASUR (Unión de Naciones del Sur - Union der Südstaaten) – erste unabhängige südamerikanische Organisation, CELAC (Comunidad de Estados de Latinoamérica y el Caribe – Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik), ALBA (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América - Bolivarianische Alternative für Amerika) und andere.

Die Erfahrungen der Periode linker Regierungen von 1998 bis 2016 zeigen, dass es um strukturelle Veränderungen geht und die herrschenden Eliten gezwungen werden müssen, sich im Rahmen demokratischer Verhältnisse zu bewegen. Die Prozesse der Neufindung von Staat/Nation, so in Bolivien und Ecuador, in denen es um die Sicherung der Rechte der großen Mehrheit der indigenen Bevölkerung geht, sind in dieses Ringen um eine neue Hegemonie einzuordnen. Der Verfassungsprozess in Chile, der den endgültigen Abgang von der Pinochetverfassung bedeutet, führt zur Neukonstituierung des chilenischen Staates. Im Unterschied zu den Gewohnheiten der alten Eliten, die sich politisch, militärisch und kulturell auf die “Werte” westlicher Gesellschaften, v.a. allem der USA, orientierten, sind mit dem Kampf indigener Bewegungen (Bolivien, Peru, Ecuador) andere kulturelle Werte (Mutter Erde, Pluralität) und in Staaten wie Kuba, Venezuela, Brasilien, Argentinien, Chile und Mexiko die soziale Frage in den Mittelpunkt gerückt worden.

Lateinamerika, das in seiner Entwicklung immer von den USA und auch Westeuropa beeinflusst wurde, wird auch heute noch einem sog. “westlichen Dreieck” zugeordnet. Lebensstil und kulturelles Verhalten der alten Eliten widersprachen grundsätzlich den Bedürfnissen der großen Masse der Bevölkerung. “Der Widerspruch zwischen den hochgeschätzten westlichen Werten und Traditionen einerseits und der strukturellen Affinität zur dritten Welt andererseits hat zu einer sehr ambivalenten und spezifischen Rolle

¹Renato Boschi, Eli Diniz. Fabiano Santos „Elites Políticos e Economicos no Brasil Contemporaneo“, 2000
Fundacao Konrad Adenauer, Centro de Estudos, Sao Paulo

Lateinamerikas im internationalen System geführt.“¹ Wenn wesentliche Staaten Lateinamerikas bisher, zum Beispiel in der UNO, westliche, US-amerikanische Positionen vertraten, so bestimmen gegenwärtig eigene politische Interessen ihr internationales Auftreten.

Positionierung Lateinamerikas heute

Die weltweit vor sich gehenden Veränderungen treffen Lateinamerika in einer Phase, in der es sich von der neoliberalen Politik abwendet, und sich erneut den schwierigen und langsam voranschreitenden Integrationsbestrebungen zuwendet. “Unsere Region hat alle Voraussetzungen (Naturressourcen), um in diese neue Welt durch die Vordertür hineinzukommen.”² Diese Voraussetzungen sind gegeben durch die ALBA, die CELAC und durch koordiniertes Vorgehen mit den Protagonisten Mexiko, Brasilien (mit einem möglichen neuen Präsidenten Inácio Lula da Silva), Argentinien und anderen um das Integrationsprojekt Bolivarianischer Einheit Lateinamerikas wieder zu beleben.

Der seit 2018 regierende Präsident Mexikos, Andrés Manuel López Obrador (kurz AMLO) realisiert eine Außenpolitik, die er in seinen täglichen Pressekonferenzen öffentlich diskutiert. “Um dem Publikum die historischen und politischen Zusammenhänge zu erklären, stellt er die Position Mexikos, z.B., an Hand der Blockade der USA gegenüber Kuba, den Wirtschaftskrieg der USA gegen Venezuela, die gewalttätige Antimigrationspolitik der USA und dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine dar.”³

López Obrador nahm nicht an dem von der OAS und US-Präsident Biden anberaumten Neunten Treffen der OAS in Los Angeles im Juni 2022 teil: Wegen der Nichteinladung Kubas, Nikaraguas und Venezuelas, da dies “das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und das Prinzip der juristischen Gleichheit verletzt, das allen Ländern gestattet, international durch ihre Regierungen repräsentiert zu sein,”⁴ Diese Entscheidung überraschte nicht nur die US-Administration sondern auch die Regierungen Lateinamerikas. Bolivien und Honduras schlossen sich der Haltung Mexikos an.

Schon im September 2021 realisierte López Obrador in Mexiko als amtierender Präsident eine Tagung der CELAC, an der Kuba, Nicaragua und Venezuela teilnahmen. Auf dieser Konferenz schlug López Obrador vor, die OAS aufzulösen und durch einen Block ähnlich der CELAC zu ersetzen. “Die Hegemonie der OAS wurde schon durch das CELAC-Treffen 2021 geschwächt, jetzt scheint es aber, dass das Ende der OSA besiegelt ist.”⁵

Der Präsident Argentiniens Alberto Fernández nahm sowohl an der Video-Tagung der BRICS am 24.6.22 (neben den fünf ständigen Mitgliedern noch Indonesien, Ägypten, Thailand,

¹ „Lateinamerika – Westeuropa – Vereinigte Staaten: Ein atlantisches Dreieck?“, Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik, Wolf Grabendorf/Riordan Roett, S. 284.

²<https://www.alai.info/americalatina-conflicto-mundial/>, Juni 22 (2022 ?)

³<https://outraspalavras.net/outrasmidias/mexico-uma-nova-e-ativa-diplomacia-em-construcao/> 29.6.22 (2022 ?)

⁴ <https://www.alai.info/la-era-de-la-hegemonia-del-norte-sobre-mexico-se-acerca-a-su-fin/>, 18.7.22 (2022)

⁵Ebenda

Algerien, Malaysia, Iran) wie auch an der G7-Tagung in der BRD teil. Fernández nahm in der Hoffnung teil, besser die Interessen seines Landes wahrnehmen zu können, ohne Partei zu nehmen oder zu sein. Für Präsident Fernández stellen beide Foren Formen globaler Kooperation dar: Im Falle der BRICS auf der Basis der Souveränität, im Falle des transatlantischen Bündnisses als eine Form der vertikalen Globalisierung, d.h. eines Bündnisses, das der Logik der transnationalen Konzerne entspricht. Fernández tritt ein für die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und eine Kooperation im Sinne der gemeinsamen Entwicklung. „Während die EU und die G7 versuchen, den Rest der Welt gleich zu schalten, priorisiert der globale Süden die Überwindung der Armut und die Errichtung einer neuen globalen Finanzarchitektur, mit der die systemische Verschuldung überwunden werden kann.“¹ In diesem Sinne erfolgt eine klare Gegenüberstellung der Ziele des globalen Südens gegen die „Werte“ der westlichen Welt, die auf der Basis der „Logik der transnationalen Konzerne“ beruht.

In seiner Rede vor dem Neunten Gipfel der OAS Mitte Juni in Los Angeles verwies der Präsident Argentiniens Alberto Fernández auf die hohe Verschuldung der Region – auch als Folge der Pandemie –, die mehr als 77% des lateinamerikanischen Brutto Produkts ausmacht und auf die hohe Rate der informellen Tätigkeit von mehr als 50% aller Beschäftigten. Er fragte, warum das so ist: „Die Antwort findet man in der globalen Weltordnung. Die westliche Welt hat Finanzregeln geschaffen – offensichtlich ungerechte. Auf einige Wenige konzentrieren sich große Einkommen, während Millionen Menschen in der Armut verharren.“² Deutlicher kann der Unterschied zwischen einer „wertebasierten Politik“ und der Haltung eines Landes wie Argentinien mit Verweis auf die Ursachen von Armut und der Forderung nach sozialer Gleichheit nicht ausgedrückt werden.

Fernández verwies darauf, dass die vergangenen Jahre gekennzeichnet waren von einer für die Region äußerst aggressiven US-Politik. Die OAS wurde als Gendarm missbraucht, um den Staatsstreich in Bolivien gegen Präsident Evo Morales zu inszenieren. Die USA haben sich der Führung der Interamerikanischen Entwicklungsbank, die ehemals von Lateinamerikanern geführt wurde, bemächtigt.

Aus der Perspektive der Peripherie, zu der Lateinamerika gerechnet wird, verweist Fernández auf die Folgen des „Kalten Krieges“, der Pandemie und der sozialen Krise und auf die Notwendigkeit eines Dialogs in Diversität als bestem Instrument zur Festigung der Demokratie, der Modernisierung und des Kampfes gegen soziale Ungleichheit.³

Signifikant war auch die Rede des neuen Präsidenten Chiles, Gabriel Boric Font, auf der Tagung der OAS. Chile befinde sich in einem Transformationsprozess, der durch starke soziale Proteste ausgelöst wurde. Boric kritisierte den Ausschluss Kubas, Venezuelas und Nikaraguas. Er forderte die Freilassung politischer Gefangener in Nicaragua genau wie die

¹ <https://www.alai.info/brics-g7-otan-reconfiguracion-geopolitica/#>, 29.6.2022

² Rede Präsident Alberto Fernández auf der OAS-Tagung, Juni 2022

³ Aus der Rede des Präsidenten Argentiniens, Alberto Fernández, auf dem Gipfeltreffen der Amerikas vom 8. bis 10.6.2022 in Los Angeles

Aufhebung der Blockade Kubas. Gleichzeitig kritisiert er, dass es in Lateinamerika noch möglich ist, seine Diversität und Geschichte zu negieren.¹

Mit der Entscheidung Bidens, Kuba, Venezuela und Nikaragua vom Treffen in Los Angeles auszuschließen, wiederholte dieser 60 Jahre nach Ausschluss Kubas von der Konferenz in Punta del Este 1962 die Logik dieser Zeit. Dieses Mal allerdings mit Problemen für die US-Administration. Es folgten Kritik und Widerspruch, die zeigen, dass die Vorherrschaft der USA in Lateinamerika bröckelt: Nur die USA bestimmen, welches Land teilnimmt, welche Themen beraten und welche Entschlüsse gefasst werden. Diese Praxis erweist sich als überholt und charakterisiert, wie unterschiedlich die Interessen Lateinamerikas und der USA inzwischen sind.

“Die dominierenden Eliten in Washington haben die substantiellen Veränderungen, die in der Region und darüber hinaus in der Welt, vor sich gingen, nicht verstanden. Die alten Rezepte taugen nicht mehr. Ihre Position der Überlegenheit hat ausgedient. Sie sollten verstehen, dass die Interessen jedes einzelnen Landes der Region nicht mit ihren übereinstimmen, obwohl es gemeinsame Werte gibt.”² Lateinamerikanische Kommentatoren konstatieren, dass “die Logik des Militarismus der USA bedeutet: Die USA wenden immer öfter politischen Druck an, um ihren wirtschaftlichen Rückgang zu kompensieren.”³ 2023 ist der 200. Jahrestag der Monroe-Doktrin. Der schädliche Geist dieser Doktrin lebt nicht nur fort, die US-Administration hat sie auf eine Art “globale Monroe-Doktrin” mit der absurden Absicht ausgeweitet, universale Kontrolle ausüben zu können.

Es hat den Anschein, dass in Lateinamerika erneut eine Phase linker Regierungen beginnt: Fernández in Argentinien, Luis Arce in Bolivien, Pedro Castillo in Peru, Gustavo Petro in Kolumbien, Xiomara Castro in Honduras und López Obrador in Mexiko. Neben Kuba und Venezuela stärkt diese Situation die Front der Integrationswilligen und schafft Ausgangspunkte für die Realisierung gemeinsamer Interessen, v.a. aber einer eigenständigeren Politik gegen die Versuche der Einmischung des nördlichen Nachbarn. Der verfügt aber sowohl wirtschaftlich wie auch militärisch (Anzahl der militärischen Basen verteilt über die Karibik und Südamerika) noch über ausreichend Einfluss. Erklärungen führender Vertreter dieser Länder, die für friedliche Beziehungen, diplomatische Verhandlungen und Interessenausgleich eintreten, stellen Grundlagen für multipolare Beziehungen, die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und die Prinzipien der Bandung-Konferenz (1955)⁴ dar. Gleichzeitig sind sie Ausdruck des gewachsenen Selbstbewusstseins und des Strebens nach Festigung ihrer nationalen Souveränität.

¹Aus der Rede des Präsidenten Chile, Boric, auf dem Neunten Gipfeltreffen der Amerikas vom 8. bis 10.6.2022 in Los Angeles

² alai.info „La Cumbre de las Américas, ¿otro revés para Joe Biden?“, 22.6.22

³Ebenda

⁴ An der Konferenz nahmen 29 Staaten Asiens und Afrikas teil. Formuliert wurden wesentliche politische Grundsätze: Unterstützung für die UN-Charta und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, Sicherung des Weltfriedens und der territorialen Integrität, Ablehnung der Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten, keine Beteiligung an Verteidigungsbündnissen der Großmächte, d.h. Nichtpakgebundenheit.

Die westliche Wertebasierung und deren Umsetzungsprobleme im geografischen Raum zwischen West- und Zentralasien

Dieser von der Biden-Administration nun unter Nutzung des russländischen Krieges gegen die Ukraine gezielt unternommene Versuch, das von ihr verfochtene Prinzip der Werte- und Regelbasierung weltweit durchzuboxen, sieht sich – wie in anderen Zonen des globalen Südens - ebenfalls im geografischen Raum zwischen West- und Zentralasien - gemeinhin auch als Nah- und Mittelostregion bezeichnet – mit gravierenden Gegenwirkungen konfrontiert. Immerhin handelt es sich beim Nahen und Mittleren Osten um eine Region, die für die USA über die Jahrzehnte im Rang einer vitalen Interessenssphäre fungierte und deren Entwicklung bereits seit mindestens einem Jahrhundert von westlichen Interessen dominiert worden ist. Und zu deren kolonialistischem Erbe - neben den nach wie vor prägenden soziökonomischen Deformationen - die bis heute ungelösten und immer wieder gewaltlatenten beiden sogenannten Jahrhundertkonflikte, die Kurdenfrage und das Palästina-Problem, gehören.

Vielleicht gerade deshalb prägt sich um so mehr das Bestreben dortiger Staaten aus - selbst solcher, die bislang als eng mit den USA, wie dem Westen insgesamt, verbunden gelten -, sich nunmehr von westlichen Vormachtattitüden spürbarer zu emanzipieren und stattdessen die eigenen Interessen deutlicher zur Wirkung zu bringen. Und dafür insbesondere die sich auf globaler Ebene herausbildenden multipolaren Strukturen gezielt zu nutzen. Nicht nur haben sie dementsprechend ihre außenpolitischen wie außenwirtschaftlichen Beziehungen zusehends multi-vektoraler mit deutlichem Blick nach China ausgerichtet. Was offensichtlich für sie heißt, selbst, gemäß eigener Interessenlagen ihre Entscheidungen zu treffen, statt sich immer wieder bevormunden oder ständig vorhalten lassen zu müssen, von westlichen Normen weit entfernt zu sein. Nahezu folgerichtig verweigern sie deshalb beispielsweise bislang auch den USA ihre Unterstützung sowohl für deren antirussischen Sanktionsmechanismus als auch für deren Forderung nach politischer Isolierung der im Ergebnis des chaotischen NATO-Abzuges aus Afghanistan in Kabul im Sommer 2021 erneut zur Macht gelangten Taliban. Wie sie ebenso für das von Biden hochgehaltene Credo des schicksalhaften Kampfes „Demokratien versus Autokratien in der Mehrheit schon deshalb kaum zu gewinnen sind, da ihre jeweiligen gesellschaftlichen Verfasstheiten westlicherseits ja ohnehin als autokratisch gerügt werden. Wenn auch erst in Ansätzen –und ungeachtet aller noch bestehenden Widersprüchlichkeiten oder auch spalterischen Gegenbestrebungen –, so bemerkenswert ist dennoch ihr deutlich erkennbares Anliegen, neben den eigenen Interessen zugleich auch die Eigenständigkeit ihrer Region stärker zur Geltung zu bringen. Was sich nicht zuletzt darin widerspiegelt, nach gangbaren Wegen für die Etablierung einer tragfähigen Sicherheitsarchitektur auf der Basis der friedlichen Koexistenz und eines fairen Interessenausgleichs zwischen den hier beheimateten Staaten zu suchen.

Warum die USA und ihre transatlantischen Verbündeten bei der Umsetzung des Universalitätsanspruchs ihrer Werte- und Regelbasierung gerade in dieser Region auf sichtliche Gegenwehr stoßen und warum also, statt des globalen US-Hegemonieanspruchs, einer eher multipolar verfassten internationalen Ordnung – im deutlichen Unterschied beispielsweise zu Europa - der Vorzug gegeben wird, ist neben vielerlei subjektiven Faktoren, wie Verstimmungen im zwischenmenschlichen Verhältnis, auch objektiv begründet. Was sich in wenigstens drei, wenn auch unterschiedlich gearteten Problemfeldern nachspüren lässt, auf die deshalb im Folgenden jeweils etwas ausführlicher eingegangen werden soll. Nämlich auf a) die vielerorts abschreckenden Bilanzen bisheriger alleiniger US-Dominanzpolitik; b) das real existierende Kollisionspotential mit hier historisch gewachsenen eigenen Wertevorstellungen sowie c) die sich bereits immer intensiver vollziehenden Verflechtungen dortiger Staaten mit den sich zügig formierenden nichtwestlichen Strukturen.

- **Nachhaltige Abschreckungswirkungen bisheriger US-Dominanzpolitik in der Region**

Ob es sich die USA nun eingestehen wollen oder nicht. Wenn sie ihre Forderung nach einer werte- und regelbasierten Ordnung erheben, und dabei insbesondere auf deren vom Westen verfassten Parametern insistieren, so kommen sie und ihre transatlantischen Verbündeten in dieser Nah- und Mittelost-Region nolens volens nicht umhin, an ihrem bisherigen eigenen dortigen Vorgehen gemessen zu werden. Und dabei handelt es sich um eine Bilanz, die beileibe nicht positiv für sie ausfällt. Nicht nur Unvoreingenommene kämen nicht umhin zu konstatieren, dass es den USA und anderen westlichen Staaten mit ihrer Werte- und Regelbasierung in erster Linie nicht um die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundprinzipien des Völkerrechts, wie die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität eines jeden Staates, der Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten oder das Selbstbestimmungsrecht über die Wahl des eigenen Entwicklungsweges, geht. Sondern um von ihnen postulierte Prinzipien zur Durchsetzung eigener Interessen und Machtansprüche.

Zuallererst schlägt in dieser nah- und mittelöstlichen Region natürlich der Tatbestand zu Buche, dass die USA innerhalb der zurückliegenden zwei Jahrzehnte - in dem Bewusstsein, aus dem ersten Kalten Krieg als historische Siegerin hervorgegangen zu sein – dort unter dem Label der Schaffung eines Neuen Nahen und Mittleren Ostens im Zusammenspiel mit der NATO gleich mehrere völkerrechtswidrige Kriege vom Zaune gebrochen haben. Gemeint sind der 2001 ausgerufene „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan; der 2003 mit Lügen begründete Einmarsch in Irak sowie der 2011 in Libyen unter Missbrauch der UN-Sicherheitsratsresolution 1973 (2011) angeordnete NATO-Luftwaffeneinsatz. Oder auch das gezielte Anheizen der 2011 auf syrischem Boden ausbrechenden Kampfhandlungen durch Bereitstellung von Waffen und militärischem Equipment für eine bunt schillernde Opposition. Nicht zu vergessen dabei sind die in diesem selben Zeitraum im Namen des Anti-Terrorkampfes zu verantwortenden rund 14.000 Drohneneinsätze, denen mehr als zweitausend Zivilisten, darunter ein Viertel Kinder, zum Opfer gefallen sind. Weder ist für

das, mit allen diesen Kriegen verursachte unermessliche menschliche Leid sowie die immensen materiellen Zerstörungen jemals eine Sanktion verhängt noch jemand dafür zur Rechenschaft gezogen worden.

Wenngleich von US-Seite inzwischen auch so getan wird, als ob alle diese völkerrechtswidrigen Kriege - im Unterschied zu dem Russlands in der Ukraine - weniger verurteilenswert seien und von ihnen initiierte Regime-Wechsel durchaus legitim wären, so sind deren vielfältige negative Folgewirkungen vor Ort noch immer präsent und verfestigen bei großen Teilen der Bevölkerungen einen abschreckenden Erfahrungswert in ihrem Verhältnis zu den USA. Wie sich bei verschiedensten Regierungskreisen der Eindruck eines gescheiterten Hegemonieanspruchs erhärtet hat, der durch den von den USA kopflös vollzogenen Rückzug aus Afghanistan nur noch weiter bekräftigt worden ist.

Denn nicht nur befinden sich die, von den genannten Kriegen unmittelbar betroffenen Länder bis heute in chaotischen Zuständen - vielfach wird sogar schon von „failed states“ geredet. Wie in keiner Zeit zuvor haben sich seither die Lebensbedingungen der Menschen bis weit in die Mittelschichten hinein drastisch verschlechtert und gerät in immer mehr Ländern das soziale Gefüge völlig aus dem Gleichgewicht. Mehr als drei Viertel der Gesamtbevölkerung der Region gelten mittlerweile als arm oder armutsgefährdet. Vor allem die Jugendlichen haben unter der hohen, sich im Schnitt um die 40-50 Prozent bewegenden Arbeitslosigkeit und mithin Perspektivlosigkeit zu leiden. Zunehmend sehen sich Menschen deshalb zur Flucht gezwungen – auch nach Europa -, wo sie dann aber häufig nicht willkommen sind. Extremistische Gruppierungen, wie beispielsweise Al-Qaida oder Islamischer Staat (IS - Daisch), suchen ihrerseits alles zu nutzen, um Unterstützerpotential für sich und ihre Gewaltaktionen zu akquirieren, die dann wiederum als Rechtfertigung für gegen sie gerichtete Gewaltmaßnahmen bis hin zu terroristischen Akten in Gestalt extralegalen Tötungen dienen.

Nicht von ungefähr fragt man sich im Kontext des westlichen Umgangs mit dem Ukraine-Krieg gerade nun auf palästinensischer Seite, warum westlicherseits dem völkerrechtswidrigen Vorgehen Russlands in der Ukraine sofort mit härtesten Sanktionen begegnet wird und gleichzeitig der ukrainische Widerstand so weitreichende Unterstützung erfährt. Während demgegenüber die dem Völkerrecht zuwiderhandelnde und seit 1967 andauernde israelische Okkupation palästinensischen Territoriums sowie die damit einhergehende fortgesetzte, und als völkerrechtswidrig eingestufte Siedlungspolitik folgenlos hingenommen wird und derartige Völkerrechtsverstöße sogar legitimiert werden, wie dies im Falle der Anfang der 1980er Jahre erfolgten israelischen Annexionen sowohl von Ost-Jerusalem als auch der syrischen Golan-Höhen US-amerikanischerseits inzwischen geschehen ist. Kraft den USA wurde 2018 mit der Verlegung ihrer Botschaft nach Jerusalem dem israelischen Anspruch auf Jerusalem als ewiger unteilbarer Hauptstadt, entgegen bisherigen völkerrechtlichen Festlegungen, stattgegeben sowie 2019 offiziell Israels Souveränität über einen Bestandteil international anerkannten syrischen Staatsgebietes, nämlich den Golan-Höhen, erklärt. Eine Anmaßung, die nur als völkerrechtswidriges Handeln zu werten ist.

Wie ebenso die Praxis extralegalen Tötungen, die seit dem Anschlag auf die Twin Towers 2001 in New York sogar als Selbstverteidigungsakte ohne die Notwendigkeit jeglicher Beweisführungen, quasi als reine Präventivmaßnahme, zu rechtfertigen versucht werden. Dennoch aber wurde die per Drohne erfolgte Ermordung des iranischen Generalleutnants Qassem Soleimani Anfang Januar 2020 zusammen mit neun weiteren Personen auf dem Bagdader Flugplatz von Agnes Callmard in ihrer damaligen Eigenschaft als UN-Sonderberichterstatterin zu den extralegalen Tötungen als völkerrechtswidrig eingestuft, da die USA keinen überzeugenden Beweis für eine immanente Bedrohung geliefert hätten, mit der ein solcher Einsatz zu rechtfertigen gewesen wäre.¹ Dass die an diesem völkerrechtswidrigen Vergehen Beteiligten – bei denen es sich nach iranischen Angaben um von 125 inzwischen identifizierte Personen handelt - juristisch unbehelligt geblieben sind², ist dann durchaus bezeichnend. Immerhin hatte der auf diese Weise Getötete als einer der wichtigsten Männer in der iranischen Machtriebe gegolten. Man möge sich nur vorstellen, was passiert wäre, wenn iranischerseits ein vergleichbarer Anschlag auf einen US-Verantwortlichen stattgefunden hätte.

- **Westliche Wertebasierung versus in der Region historisch gewachsene eigene Wertevorstellungen**

Wenn westliche Politik gerade in dieser Nah- und Mittelostregion ihre moralisierende Wertebasierung durchzusetzen bestrebt sei, so liefe dies zudem darauf hinaus, hier historisch entstandene und bis heute noch weit verbreitete Wertesysteme zu schmähen. Sich also anzumaßen, ausschließlich das westliche Demokratieverständnis und andere transatlantische Normative gelten zu lassen. Aber wer sollte denn ernsthaft annehmen wollen, dass über Jahrhunderte gewachsene kulturelle und religiöse Unterschiede und dadurch geprägte Lebensweisen und Verhaltensnormen zwangsläufig zu denselben Daseinsformen von Demokratie wie in westlichen Ländern führen müssten?

Vielmehr sollte man sich westlicherseits eigentlich bewusst sein, dass die zweifellos vorhandene Problemhaftigkeit dieser Lebensweisen und Verhaltensnormen – so vor allem hinsichtlich der Stellung der Frau oder auch des Umgangs mit religiösen wie ethnischen Minderheiten – durchaus auch etwas mit den eigens zu verantwortenden kolonialistischen wie neokolonialistischen Einflussnahmen zugunsten westlicher Interessen zu tun hat. Die dadurch deformierten sozioökonomischen Strukturen wie gesamtgesellschaftlichen Verfasstheiten sind eben noch in vielfältiger Weise bis heute nachteilig spürbar. Und was sich sowohl in dem teilweise noch sehr engen Verhältnis von Staat und Religion als auch in den zumeist mehr oder weniger autoritär verfassten Machtmechanismen widerspiegelt.

Die Wertefrage wirklich ernst genommen, müsste doch eigentlich zuallererst die Toleranz gegenüber dem Anderssein implizieren. Und speziell auf diesen geografischen Raum bezogen hieße dies, Respekt gegenüber einer Region zu haben, die auf mehreren antiken

¹ Siehe dazu <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-53345885>

² <https://irandaily.ir/News/319169.html>

Hochkulturen gründet, die die Wiege der drei zeitlich aufeinanderfolgenden Offenbarungsreligionen – Judentum, Christentum, Islam – darstellt und die das weltzivilisatorische Erbe in vielfältigster und in heute noch nachspürbarer Weise bereichert hat. Insbesondere auch jenes von Europa, welchem bezeichnenderweise im öffentlichen Diskurs jedoch kaum mehr die entsprechende Bedeutung zukommt.

Ausgenommen das vom Judentum dominierte Israel, sowie partiell Libanon - dessen wichtigste Staatsämter entsprechend einem zu Zeiten der französischen Kolonialherrschaft eingeführten Proporzsystem zwischen Christen und Muslims mit Machtvorteilen für die maronitischen Christen besetzt werden -, ist diese Nah- und Mittelostregion mehrheitsgesellschaftlich muslimisch. Bei allerdings teilweise erheblichen Anteilen anderer, vor allem christlicher Glaubensgemeinschaften. Unabhängig davon, inwieweit im gegebenen Fall Staat und Religion noch miteinander verschmolzen sind oder auch die Rechtsprechung bereits mehr oder weniger modifiziert ist¹, ist zumindest aus Sicht der muslimischen Mehrheitsgesellschaften der Universalitätsanspruch westlicher Werte durchaus zugleich auch als ein Angriff auf das eigene wesentlich durch den Islam determinierte Wertesystem zu interpretieren. So gesehen, ließe sich vielleicht auch erklären, warum sich die Organisation Islamische Kooperation (Organization of Islamic Cooperation – OIC) zur Verabschiedung einer eigenen Menschenrechtserklärung veranlasst gesehen hat. Nämlich, um so den ihrer Überzeugung nach in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung unzureichend berücksichtigten Fragen von Religion und Kultur der nichtwestlichen Länder das notwendige Gewicht zu verleihen.

Auch sollten sich die USA und ihre Verbündeten bei ihrem Bestreben nach Durchsetzung ihrer Wertebasierung stets dessen bewusst sein, dass westliches Vorherrschaftsstreben und darin implizierte Islamfeindlichkeit einen wesentlichen Grund für das Entstehen und Wirken des Islamismus als einer eigenständigen politischen Bewegung gebildet haben. Und je rigider, so in Gestalt von Kriegen, sich USA und Westen gegenüber dieser Region kapriziert haben, desto aggressiver formierten sich derartige Vertreter.

Nicht zufällig liegt deren eigentlicher Ursprung in der zu Beginn des 20. Jahrhunderts vollzogenen westlichen Kolonisierung der islamischen Welt. Als sich nämlich 1928 in Ägypten die Muslimbruderschaft als ein Zusammenschluss zur Verteidigung der islamischen Identität gegenüber dem eindringenden kolonialistischen Vorherrschaftsdenken und in Ablehnung einheimischer Komplizenschaften mit ihm zu formieren begonnen hat. Womit zugleich auch der Grundstein für das Entstehen und Wirken einer sich auf den Islam ideologisch berufenden politischen Bewegung – den Islamismus - gelegt worden ist. Nicht nur besteht diese Muslimbruderschaft selbst bis heute fort; sondern haben sich zudem aus ihr insbesondere seit den 1960er Jahren zahlreiche neue derartige islamistische Zusammenschlüsse entwickelt. Bis hin zu solchen, die sich – wie Al-Qaida oder Daisch (IS) - in bislang extremistischster Ausformung westlichem Vormachtstreben zu widersetzen und im

¹ So kommen die so genannten Körper-- oder auch Gottesstrafen – wie Hinrichtung wegen Apostasie, Abhacken der Hand wegen Diebstahls oder Auspeitschen wegen Gotteslästerung aber auch Ehebruchs – vornehmlich noch in Iran und Saudi-Arabien auf der Grundlage dort jeweils vorherrschender Rechtsschulen zur Anwendung

Zuge dessen ihrem utopischen Verständnis der Einheit von Religionsstaat und Gerechtigkeit Ausdruck zu verleihen suchen. Bekanntermaßen hatte IS mit dem von ihm im Sommer 2014 ausgerufenen Islamischen Kalifat sogar die territoriale Neuzeichnung der auf der Grundlage zwischen britischen und französischen Kolonialinteressen 1916 – in Gestalt des Sykes-Picot-Abkommens – austarierten Landkarte des Nahen Ostens angestrebt und dabei immerhin etwa um die acht Prozent der Bevölkerungen in arabischen Ländern hinter sich gewusst.

Umso perfider jedoch muss es dann aus muslimischer Sicht noch anmuten, wenn sich westliche Politiker und betreffende islamistische Extremisten im jeweiligen Feindbild gegenseitig bedienen. Während also islamistischer Extremismus für westliche Politik offenkundig sowohl als Popanz als auch als willfähriger Erfüllungsgehilfe genutzt wird; sucht sich dieser dann wiederum als konsequenter Verteidiger islamischer Wertevorstellungen gegen westliche Hegemonieansprüche zu inszenieren und dementsprechend seine Unterstützer zu rekrutieren. Solange Osama bin Ladin – ausgestattet mit reichlichem saudischen Geld – mit der von ihm ins Leben gerufenen Terrororganisation Al-Qaida gegen die sowjetische Militärpräsenz in Afghanistan agiert hatte, war er den USA ein durchaus willkommener Erfüllungsgehilfe. Als sich danach dann dessen Stoßrichtung gegen die USA richtete, hatte er für sie nicht nur ausgedient, sondern geriet im Kontext mit der ihm angelasteten Verantwortung für den Anschlag auf die Twin Towers in New York im September 2001 auf deren Abschussliste bis schließlich hin zu seiner extralegalen Tötung 2011 im pakistanischen Abbottabad.

Schon der von den USA 2001 ausgerufene „Krieg gegen den Terror“, der sich in erster Linie gegen Al-Qaida wie andere islamistische Akteure richtete, wurde so geführt, dass er in der muslimischen Welt zwangsläufig als eine Art Kreuzzug auch gegen den Islam erscheinen musste. Quasi als Ausdruck und Ergebnis des von Samuel Huntington an die Wand gemalten Kampfes der Kulturen und Zivilisationen sowie im Geiste einer schon vor weit über 100 Jahren vom französischen Orientalisten Ernest Renan begründeten Islamfeindlichkeit. Nicht nur antiislamische Sammlungsbewegungen verschiedenster Couleur, darunter solche wie Pegida, sondern ebenso Einzelpersonlichkeiten aller gesellschaftlichen Bereiche bis in hohe Kreise der Politik sahen sich auch bei uns in Deutschland zusätzlich ermuntert, sich bei der Beurteilung des Islam solcher diskreditierender Klischees und Stereotypen zu bedienen; wie: ihm sei Gewalt wesensimmanent und im Prinzip verkörpere er eine seit dem 12. Jahrhundert geistig stagnierende religiöse Kultur.

Als besonders fatal bei alledem erwies sich jedoch, dass zwischen dem Islam als Religion und solchen, sich auf ihn berufenden politischen Gruppierungen ein Gleichheitszeichen gesetzt wurde. Mit der Konsequenz, nicht nur die betreffenden Gruppierungen, sondern nolens volens das Glaubensgebäude von weit über einer Milliarde Menschen zum Feind des Westens zu erklären. Das heißt, nicht nur den Wertekanon und das generelle Weltbild von Bevölkerungsmehrheiten im nah- und mittelöstlichen Raum verächtlich zu machen. Sondern zugleich auch noch deren untrennbar mit dem Islam verbundene Geschichte, Kultur und Lebensweise herabzuwürdigen. Kaum verwunderlich ist deshalb, wenn sich in lokalen Medien Stimmen finden, die jenen westlichen Staaten, in denen Islamophobie gefördert

würde und Menschen muslimischen Glaubens nicht dieselben Rechte wie dortige Einheimische genießen, generell das moralische Recht absprechen, „dem Rest der Welt die Werte von Säkularismus und Minderheitenschutz anzupreisen“¹. Zumal von der UN-Vollversammlung Anfang 2022 der 15. März als jährlich zu begehender Internationaler Tag des Kampfes gegen die Islamophobie beschlossen worden ist.²

Den Islam als eine Religion mit dem Islamismus als eine Spielart politischer Ideologie gleichzusetzen, verletzt nicht nur die religiösen Gefühle der muslimischen Gläubigen. Zugleich werden sie damit dann auch noch mit islamistischen Gewaltakten identifiziert, die sie erklärtermaßen selbst mehrheitlich strikt ablehnen. Genau genommen sehen sie sich dadurch noch doppelter Gewalt ausgesetzt: Zum einen solcher, die von islamistischen Gruppierungen ausgeht. Zum anderen aber vor allem auch jener, die die USA und deren transatlantische Alliierte in Nah- und Mittelost zu verantworten haben und wodurch diese Region in das zuvor bereits beschriebene Trümmerfeld verwandelt worden ist. Allen voran der über zwei Dekaden geführte „Krieg den Terror“, der sich in hohem Maße als ein NATO-Krieg gegen nichtstaatliche Akteure erwiesen hat. Und schließlich dann auch noch jene Kräfte wieder zur Macht gelangen ließ, deretwegen er einst vom Zaune gebrochen worden war.

Eine Religion, wie den Islam, der weltweit mehr als einer Milliarde Menschen seelischen Halt in ihrem Leben bietet, als lediglich starres Glaubensgebäude verunglimpfen zu wollen, wird ihm schon insofern nicht gerecht, als er in seiner nunmehr vierzehnhundertjährigen Geschichte zu keiner Zeit einen monolithen Block dargestellt hat. Nicht nur teilt er sich in verschiedenste Strömungen auf; auch sein Rechtssystem ist keinesfalls allgemeingültig kodifiziert – wovon allein die Existenz von anerkannten vier sunnitischen wie zwei schiitischen Rechtsschulen und überdies noch zwei weiteren mit der Chance auf eine solche Anerkennung zeugt.³ Da der Islam keine kirchliche Organisationsstruktur kennt, bleibt die Vertretung spezieller religiöser Interessen vor allem der Fürsprache angesehener Religionsgelehrter (ulama) vorbehalten. Allgemeinverbindlich für das religiöse Handeln hingegen sind lediglich die fünf Säulen oder Hauptpflichten des Islam (al-Islam in seiner wörtlichen Bedeutung Hingabe): Das Bekenntnis zu dem einen Gott und Mohamed als dessen Gesandten (schahada); das fünfmalige Gebet am Tag (salat); die Almosensteuer oder neuerdings auch bezeichnet als Sozialabgabe (zakat); das Fasten im Ramadan (as-saum) sowie die Pilgerfahrt nach Mekka möglichst einmal im Leben (al-hajj).

¹ Ashok Swain in <https://gulfnnews.com/opinion/op-eds/why-islamophobia-is-hurting-europe-1.78587116>

² So hat die UN-Vollversammlung Mitte März 2022 eine Resolution verabschiedet, den 15. März zu einem Internationalen Tag des Kampfes gegen die Islamophobie zu erklären. Besagte Resolution ist von den 193 UN-Mitgliedstaaten per Konsens bestätigt worden. Eingereicht worden war sie von 55 hauptsächlich muslimischen Staaten. Sie wird als Bestätigung jener einschlägigen Resolution aus dem Jahre 1981 angesehen, die zur Beseitigung jeglicher Form von Intoleranz und religiös determinierter Diskriminierung aufgerufen hatte. Namens der OIC hatten sich insbesondere Pakistan, Iran, Türkei, Saudi-Arabien, Jordanien sowie Indonesien für deren Neuauflage stark gemacht

³ Diese Rechtsschulen differieren entsprechend den Grundsätzen der Gesetzeswissenschaft des Islam wie auch einzelnen rituellen Handlungen

- **Zunehmender Einbindungsgrad von Staaten der Region in sich formierende nichtwestliche Strukturen**

Als das aus US-Sicht sicherlich größte Hemmnis und zugleich besorgniserregendste Ärgernis bei der Durchsetzung ihrer westlichen Werte- und Regelbasierung gilt jedoch wohl die sich beständig vertiefende Kooperation der nah- und mittelöstlichen Staaten mit China. Gerade, weil damit jener geografische Raum tangiert wird, der laut dem US-Vordenker Zbigniew Brezinski, ausschließlich US-amerikanischer Vorherrschaft vorbehalten sein dürfe. Eben der Raum, der zu jenem Kontinent Eurasien gehöre, der der größte und geopolitisch axial sei. In dem rund drei Viertel der Weltbevölkerung lebte und in dessen Boden wie auch in seinen Unternehmen sich der größte Teil des materiellen Reichtums der Welt verberge. Folglich dürfe keine andere dominierende Macht außer den USA hier zugelassen werden. Was alles für die USA noch umso gravierender erscheint, als China bereits jetzt zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt aufgestiegen und somit auf bestem Wege ist, in bereits absehbarer Zeit die USA als bisherige Nummer Eins abzulösen.

Vor allem das vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping im Herbst 2013 als „Neue Seidenstraße“ initiierte und unter dem Namen Belt and Road Initiative (BRI) firmierende Projekt, welches das derzeit weltweit größte Infrastruktur-Investitionsprogramm seiner Art darstellt und dem sich mittlerweile bereits 147 Staaten angeschlossen haben, steht als Herausforderung für die USA dabei offensichtlich im besonderen Fokus. Zumal dieses Projekt nach dessen Bekanntgabe nicht nur in erstaunlichem Tempo vorangeschritten ist; und es zudem noch gerade auch in diesem von den USA als besonders beäugten geografischen Raum eine auffällig große Zustimmung und Mitwirkungsbereitschaft gefunden hat. Alle nah- und mittelöstlichen Staaten – selbst solche mit bisheriger westlicher Einbindung – betrachten BRI als einen in mehrerlei Hinsicht wichtigen Stimulus für die eigene Entwicklung. Zusätzlich anziehend dabei wirkt für sie, dass es sich als eine „Revitalisierung“ jenes legendären Seidenstraßen-Karawanen-Netzwerkes versteht, welches sich über rund zwei Jahrtausende - von der Antike bis hinein ins Mittelalter - zwischen Ost- und Westasien gespannt hat. Und mithin für die Region ein gemeinsames historisches Erbe darstellt.

Noch entscheidender für die von Anfang an große Resonanz von BRI als diese gemeinsame Geschichte und gegenseitig vorteilhafte Verbundenheit zu Zeiten der antiken Seidenstraße indessen aber sind offensichtlich jene Modalitäten und Prinzipien, die chinesischerseits an die BRI geknüpft sind. Dazu gehören insbesondere, dass China a) keine Vergangenheit als Kolonialmacht gegenüber den Staaten dieser Region zu verantworten hat, sondern selbst kolonial unterdrückt war; b) sein Hineinwachsen in die Rolle eines maßgeblichen globalen Players und einer wirtschaftspolitischen Führungsmacht nicht durch den Einsatz von Gewalt geprägt worden ist; c) sich besonderen Respekt für seinen galoppierenden Aufstieg von einem einst äußerst rückständigen Entwicklungsland zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht erworben hat sowie d) als die Hauptprinzipien seines BRI-Projekts eine Partnerschaft auf „Augenhöhe“ und den gegenseitigen Vorteil sowie die Gestaltung der Beziehungen auf der

Basis des gegenseitigen Respekts und der Achtung gegenüber den kulturellen Traditionen, Gesellschaftssystemen und Grundinteressen anderer definiert.

Erklärtermaßen beruft sich China bei seiner BRI auf die Grundprinzipien der UN-Charta, vor allem auf das Nichteinmischungsgebot in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, was dann selbstverständlich auch impliziert, keinerlei Regime-Change-Bestrebungen von außen zu befördern. Im chinesischen Verständnis – so niedergelegt im Gemeinsamen mit der Russischen Föderation am 4. Februar 2022 veröffentlichten Statement – geböten die universellen menschlichen Werte wie Frieden, Entwicklung, Gleichheit, Demokratie und Freiheit den Respekt gegenüber dem Recht eines jeden Volkes, seinen Entwicklungsweg selbst zu wählen. Wie ebenso nicht davon auszugehen sei, dass ein einheitliches Demokratie-Muster existiere. Stattdessen läge es im Verantwortungsbereich einer jeden Nation, solche Formen und Methoden bei der Implementierung der Demokratie herauszufinden, die deren jeweiligem sozialen und politischen System, dem historischen Background sowie den Traditionen und jeweiligen kulturellen Besonderheiten am ehesten entsprächen.¹

In dem Ende März 2015 verabschiedeten Aktionsplan² sind neben diesen Grundprinzipien der Rahmen, die Kooperationsprioritäten sowie der Mechanismus von BRI definiert, mit denen dem „Trend in Richtung einer multipolaren Welt, ökonomischer Globalisierung, kultureller Diversität und größerer IT-Applikation“ Rechnung getragen werden solle. Auch solle die Kooperation innerhalb von BRI für alle Staaten offen sein - ungeachtet deren jeweiliger gesellschaftlicher Verfasstheiten. Also ganz im Gegensatz zu dem mit der Wertebasierung verfolgten konfrontativen Zielstellung „Demokratien versus Autokratien“.

Im Zuge der Umsetzung dieses gewaltigen BRI-Konzepts, welches die Errichtung von tausenden Kilometern von Straßen wie Eisenbahnlinien, von Brücken und anderen Bauwerken, darunter Schulen und Krankenhäuser, von Hafenanlagen und nicht zuletzt von speziellen Wirtschafts- und Handelszonen umfasst, haben sich auch die Beziehungen Chinas zu den Staaten der Region sichtlich weiter intensiviert. Mit den meisten von ihnen wurden diese in den Rang strategischer Partnerschaften erhoben. Was sich nicht nur in regen Delegationsaustauschen auf hoher und höchster widerspiegelt, sondern zugleich auch in der Implementierung verschiedenster gemeinsamer Arbeitsgremien. So weilte beispielsweise im Januar 2022 eine Delegation des Golf-Kooperationsrates (GCC) unter Leitung dessen Generalsekretärs Falah Al-Hajraf, der die Außenminister von Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait und Oman angehörten, in Peking zur Beratung über eine noch weitere Stärkung der China-GCC-Beziehungen. Während Anfang November 2022 der Ministerpräsident Pakistans Shebaz Sharif gleichfalls dort zu Besuch war mit dem erklärten Ziel, die strategische Kooperation seines Landes mit China zu bekräftigen. Nachdem neun Monate zuvor auch sein Vorgänger im Amt dort bereits gewesen war und solche, beiderseitig relevanten Fragen, wie die zügige Fortführung ihres gemeinsamen BRI-Flagschiffes, des China-Pakistan-Wirtschaftskorridors

¹ Joint Statement of the Russian Federation and the People's Republic of China on the International Relations Entering a New Era and the Global Sustainable Development, abzurufen unter en.kremlin.ru/supplement/5770

² Der Plan ist abzurufen unter english.www.gov.cn/archive/publications/2015/03/30/content_281475080249035.html

(CPEC), darunter insbesondere der Eisenbahnverbindung zwischen Karachi und Peshawar (Mainline-1), und nicht zuletzt die Sicherheitslage nach der Rückkehr der Taliban zur Macht in Kabul, zu erörtern. Eine solche Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen. Auch der wohl erneut in das Ministerpräsidentenamt in Israel gewählte Benjamin Netanjahu wäre mit seinen bereits wiederholten Peking-Besuchen darin eingeschlossen.

Besonders eng zweifellos sind die Beziehungen zwischen China und Iran, welche zudem noch auf einem im März 2021 zwischen beiden Seiten abgeschlossenen und auf 25 Jahre ausgerichteten Kooperationsabkommen basieren. Gemäß dieser Vereinbarung, welche chinesische Gesamtinvestitionen im Umfang von bis zu 400 Mrd. USD vorsieht, erstreckt sich diese Zusammenarbeit zugleich auch auf den militärischen Bereich. Hinzu kommt, dass Iran seit Herbst 2021 auch Mitglied der Shanghai Cooperation Organization (SCO) ist, bei dessen Aufnahme der iranische Präsident Raisi die kulturelle Entwicklung als wichtigste Agenda der Zusammenarbeit bezeichnete und sich dabei ausdrücklich auf die als besonders charakteristisch geltenden Eigenschaften der asiatischen Kultur und Zivilisation - nämlich Harmonie, Geduld, Höflichkeit, gegenseitiger Respekt - berief.

Dieser sich bislang weitestgehend erfolgreich entwickelnden BRI nun mit wertebasierter Politik beikommen zu wollen, ist allein schon deshalb schwer vorstellbar, als es sich dabei um ein ausdrücklich konnektives Vorhaben handelt, welches also bewusst nicht auf Konfrontation setzt. Ebenso fraglich ist, wenn westlicherseits darauf zu hoffen geglaubt wird, dem BRI-Projekt mit dem Vorwurf von undemokratischer Governance ernsthaft schaden zu können. Wie vor allem auch damit, Gegenprogramme anbieten zu wollen, die sich ausdrücklich nur an Gleichgesinnte, sprich prowestliche Staaten richten sollen, beziehungsweise an solche, die neuerdings auch als so genannte Wertepartner bezeichnet werden. So wie dies mit den beiden westlicherseits verabschiedeten Anti-BRI-Programmen erklärtermaßen beabsichtigt ist und die dementsprechend - im krassen Gegensatz zur konnektiven BRI - ausdrücklich konfrontativ ausgerichtet sind. Gemeint sind das vom G7-Gipfel im Sommer 2021 in Carbis Bay/Großbritannien verabschiedete Konzept „Build Back Better World (B3W)“ sowie die von der EU im Dezember 2021 unter dem Titel „Global Gateway (GG)“ offiziell verkündete Initiative. Die beide wohl nun aber - gemäß den Ausführungen von US-Präsident Biden auf dem G7-Gipfel Ende Juni 2022 im deutschen Elmau - unter dem Titel „Partnership for Global Infrastructure and Investment (PGII)“ zusammengefasst worden sind. Und zwar als ein sich auf den Zeitraum 2022 bis 2027 erstreckendes 600-Milliarden-USD-Entwicklungsprogramm, an dem sich die USA mit 200 Mrd. USD beteiligen wollen und in welches die für die EU-GG vorgesehenen, wenngleich bislang noch nicht exakt ausbilanzierten 300 Mrd. Euro gleichfalls einfließen sollen.

So gesehen nimmt es denn auch kaum wunder, wenn diesen beiden Konkurrenzunternehmen zur BRI nicht nur von nichtwestlicher Seite viel Skepsis entgegengebracht wird. Wie überhaupt deren Realisierung nachweislich sehr schleppend verläuft. Nicht zufällig wird in einschlägigen Medien wie seitens kompetenter Analysten dem Westen vor allem seine Arroganz vorgehalten und er gleichzeitig davor gewarnt, BRI zu unterschätzen. So fuße die breite Akzeptanz von BRI auf einer Reihe solcher, wie zuvor

beschriebener Gemeinsamkeiten, die westlicherseits nicht einfach zu kompensieren seien und deren Wirkung von ihm keinesfalls ignoriert werden sollte. Schon allein, weil sich Entwicklungserfordernisse und –bedürfnisse in Ländern des globalen Südens nach wie vor teilweise erheblich von denen in entwickelten Ländern unterscheiden. Weil für große Teile dortiger Bevölkerungen eher soziale Rechte, wie frei von Hunger und Armut zu sein, einen weitaus höheren Stellenwert besäßen, als dass sich Betreffende zuvörderst um eine mangelnde Meinungsfreiheit sorgten.

Trotzdem aber ist dennoch wohl davon auszugehen, dass die USA gemeinsam mit ihren transatlantischen Verbündeten ihren werte- und regelbasierten Anspruch auch gegen die BRI weiterhin in Anschlag zu bringen versuchen werden. Anstatt auf ein konstruktives Miteinander zu orientieren, da weder China noch sie jeweils allein in der Lage wären, den Investitionsbedarf in Ländern des globalen Südens aufzubringen, der von Experten immerhin auf die horrenden Summe von mindestens 40 Billionen USD kalkuliert wird. Wenn es denn westlicherseits wirklich darum gehen sollte, den betreffenden Ländern ernsthaft helfen zu wollen und nicht doch nur in erster Linie darum, Betreffende in der Auseinandersetzung mit China zu instrumentalisieren suchen. Indem sie sie entweder auf ihre Seite zu ziehen versuchen oder gezielten Druck auf jene Staaten anwenden, die im Rahmen von BRI mit China auf der Grundlage strategischer Partnerschaften zusammenwirken.

* * *

Alles in allem genommen lässt sich also konstatieren, dass es für die USA bei ihrem Bestreben, mittels der von ihr eingeforderten Werte- und Regelbasierung den eigenen globalen Hegemonieanspruch – analog in Europa - ebenfalls in dieser nah- und mittelöstlichen Region abzusichern, aufgrund mehrerer Faktoren, darunter vor allem objektiver Art, nicht gerade zum besten bestellt ist. Und folglich, wie sich bereits zeigt, ihrerseits - speziell auch unter Nutzung des Ukraine-Krieges, insbesondere durch die massive Schwächung Russlands als eurasischer Macht - nunmehr verstärkte Anstrengungen darauf gerichtet werden, eine Trendumkehr zu eigenen Gunsten zu erreichen. Oder anders gesagt, alles daran zu setzen, um nicht nur Russland als einen ernstzunehmenden globalen Player zu schwächen, sondern vor allem China als den erklärten Hauptrivalen möglichst nachhaltig ökonomisch wie politisch zu neutralisieren.

Wenngleich sich allerdings selbst dies, wie allein die folgenden zwei Beispiele zeigen, für die USA durchaus ambivalent gestaltet:

- So ist es den USA *einerseits* zwar gelungen, im Zusammenspiel mit Israel eine so genannte Wertepartnerschaft mit Indien und den Vereinigten Arabischen Emiraten zu installieren, die im Oktober 2021 öffentlich gemacht worden ist und unter dem Kürzel „I2U2“ (I2=Indien, Israel; U2=USA, United Arab Emirates) firmiert. Was die Beziehungen Indiens zu Israel betrifft, so hatten diese durchaus schon vorher bestanden. Immerhin importiert Indien jährlich im Werte von rund einer Mrd. USD Waffen aus Israel und steht damit weltweit an der Spitze; veranstaltet mit ihm gemeinsame Militärmanöver und beschäftigt überdies israelische Militärinstrukteure. Bei den Emiraten handelt es sich um die

Erstunterzeichnerin der so genannten Abraham Accords Declaration¹, die von den USA noch unter Trump aktiv vorangetrieben worden war und mittels derer die Arabische Initiative von 2002, wonach die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen arabischen Staaten und Israel an die Gründung eines Palästina-Staates gemäß den völkerrechtlichen Festlegungen gekoppelt werden sollte, ausgehebelt wurde. Auch waren die USA erfolgreich dabei, Israels Ambitionen zur Mitwirkung an der BRI zumindest insoweit zurechtzustutzen, als sie ihre eigenen Interessen dabei durchzusetzen vermochten. Was im konkreten Falle für Israel hieß, Peking bereits in Aussicht gestellte Zusagen über den anteiligen Ausbau des Hafens in Haifa wieder rückgängig zu machen. Stattdessen wurde dieser dann für einen Gegenwert von 1,2 Mrd. USD an den indischen Multimilliardär Gautam Adani veräußert und dieser Vorgang in manchen israelischen Medien als Sieg Indiens über China interpretiert. *Andererseits* aber müssen sich die USA notgedrungen auch damit abfinden, dass Indien nachweislich keinerlei Veranlassung für sich sieht, seine bisherige enge, an den eigenen Interessen ausgerichtete Kooperation gerade mit jenen Ländern, die aus US-Sicht als missliebig gelten - nämlich China, Russland oder auch Iran, in irgendeiner Weise einzuschränken. Wie gleichfalls die VAE, selbstbewusster denn je, ihre eigene Agenda als ein relevanter regionaler Player verfolgen und sich dabei nicht scheuen, mit US-Interessen zu kollidieren. So haben sie die diplomatischen Beziehungen zu Iran wie zu Syrien wieder normalisiert und den westlicherseits als Paria geächteten Präsidenten Syriens sogar zu einem offiziellen Staatsbesuch empfangen und ihm damit quasi Legitimität verliehen.

- Besonders markant zeichnet sich gegenwärtig diese Widersprüchlichkeit für die USA in ihrem Verhältnis zu Saudi-Arabien ab. *Zum einen* besteht zwischen beiden Ländern eine fast acht Jahrzehnte währende enge Partnerschaft und galt Saudi-Arabien insbesondere seit dem Machtantritt der Mullahs in Teheran 1979 nach Israel als zweitwichtigster US-Verbündeter in der Region. Das beim Biden-Besuch Mitte Juli 2022 in Jeddah verabschiedete Gemeinsame Statement bekräftigte zwar diese strategische Partnerschaft bei gleichzeitiger Bekundung, diese in allen Bereichen weiter ausweiten und stärken zu wollen.² *Zum anderen* aber konnten bereits diese Festschreibungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der US-Präsident mit seinen beiden wichtigsten Anliegen, nämlich eine Anti-Iran-Allianz der arabischen Golfstaaten unter Einschluss Israels zu schmieden sowie Saudi-Arabien zur Erhöhung seiner Erdölförderquote zu bewegen, erfolglos geblieben war. Ein Frust, der sich offenkundig dann mit der OPEC+-Entscheidung von Anfang Oktober 2022, die tägliche Ölförderquote um zwei Millionen Barrel zu drosseln, zu einer schwerwiegenden Beziehungskrise ausgewachsen hat. Aus US-Sicht bedeutete diese Entscheidung eine Parteinahme Saudi-Arabiens für Russland und ein Unterlaufen der

¹ The Abraham Accords Declaration, die am 15. September 2020 öffentlich gemacht worden sind, bilden die Grundlage für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Israels neben den VAE gleichfalls noch mit Bahrain, Marokko und Sudan

² The Jeddah Communique: A Joint Statement Between the United States of America and the Kingdom of Saudi Arabia, abzurufen unter <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/07/15/the-jeddah-communique-a-joint-statement-between-the-united-states-of-america-and-the-kingdom-of-saudi-arabia>

westlichen antirussischen Sanktionen. Der Vorsitzende des US-Ausschusses für internationale Beziehungen, Senator Robert Mendez, plädierte dementsprechend für ein sofortiges Einfrieren der Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien, inklusive aller Waffenverkäufe und Sicherheitskooperationen bis das Königreich seine Haltung zum Ukraine-Krieg überdenke.¹ Nicht nur suchen sich saudische Regierungsvertreter derartiger Vorwürfe mit sichtlicher Vehemenz zu erwehren, indem sie betonen, dass es sich bei dieser OPEC+-Festlegung um eine kollektive und aus rein ökonomischen Erwägungen getroffene Entscheidung des internationalen Erdöl-Kartells handele. Zudem werden die USA zugleich noch davor gewarnt, einen gänzlichen Bruch zu provozieren. Wenn die USA Saudi-Arabien als einen bedeutenden Partner in der Nah- und Mittelostregion betrachteten, so wird saudischerseits verlautet, sollten von der Biden-Administration auch die saudischen Interessen und Visionen berücksichtigt werden – statt irgendwelchen Druck ausüben zu wollen oder beleidigende Anschuldigungen auszusprechen.² Nahezu demonstrativ emanzipatorisch muss dann aus US-Sicht schon wirken, wenn nahezu zeitgleich Ende Oktober 2022 das hochgradig besetzte ständige Chinesisch-Saudische Gemeinsame Komitee auf der Basis der 2016 zwischen beiden Ländern vereinbarten strategischen Partnerschaft über die Möglichkeiten weiterer Zusammenarbeit, darunter ebenfalls im Rahmen von BRI, berät und überdies die Erarbeitung eines Arbeitsprogramms für das Komitee für Politische Angelegenheiten in Angriff nimmt.

In Anbetracht all dessen ist wohl davon auszugehen, dass die Nah- und Mittelostregion wie schon zu Zeiten der früheren Blockkonfrontation einen der Hauptausstrahlungspunkte globaler Auseinandersetzungen vor allem zwischen den USA und China bildet, bei der es nunmehr um die Verfasstheit der politischen wie wirtschaftlichen Weltordnung im 21. Jahrhundert geht – ob in sich weiter verfestigender Multipolarität oder monopolar unter US-Ägide. Und bei der die chinesische Belt and Road Initiative in einem besonderen Fokus steht, da diese gerade hier mit am weitesten fortgeschritten ist und also wesentlich mit darüber entschieden wird, inwieweit es gelingt, eine von den Ländern des globalen Südens präferierte multipolare Welt dauerhaft zu verankern.

John P. Neelsen

Indien

Die größte Demokratie in der regelbasierten (westlichen) Weltordnung

Ausgangspunkt und Hintergrund ist die sich abzeichnende Zeitenwende charakterisiert vom Niedergang des Westens und Aufstieg der Schwellenländer, insbesondere Chinas. Begleitet

¹ Siehe dazu auch Nicolas Dvorak, Machtkampf zwischen Öl-Mächten USA und Saudi-Arabien spitzt sich zu, in Deutsche WirtschaftsNachrichten vom 12. Oktober 2022

² So der Präsident des International Institut for Iranian Studies (Rasanah), Dr. Mohammed Al-Sulami, abzurufen unter <https://www.arabnews.com/node/219316>

von der Verlagerung des geoökonomischen und geopolitischen Gravitationszentrums vom Transatlantik nach Asien und dem West-Pazifik weist dieser historische Prozess eine machtpolitische und eine systemische Dimension auf. Machtpolitisch steht die Hegemonie der USA zur Disposition. Systemisch wird die vom Westen in seinem Interesse etablierte ‚regelbasierte‘ neoliberal-privatkapitalistische Ordnung in Frage gestellt. An vorderster Front stehen dabei Länder des globalen Südens.

Der Krieg in der Ukraine hat dieser Entwicklung eine zusätzliche Dynamik verliehen. Setzt der kollektive Westen doch alles daran, diesen ursprünglich regionalen Konflikt zwischen zwei benachbarten Nachfolgestaaten der Sowjetunion in einen Weltordnungskrieg zwischen -aus westlicher Sicht- demokratischen, völker- und menschenrechtstreuen, friedliebenden versus autoritär-bellizistischen Staaten, allen voran Russland und China, zu verwandeln.¹

Als größter Demokratie, aufsteigenden Wirtschaftsmacht und führendem Vertreter des globalen Südens kommt Indien in dieser Strategie der konfrontativen Blockbildung des Westens eine überragende Rolle zu.² So war Neu-Delhi zum „1. Gipfel der Demokratien“ Ende Dezember 2021 nach Washington und Premier Modi zum G7 Treffen Ende Juni 2022 in Deutschland eingeladen worden.

Doch wie sieht die faktische Entwicklung aus? Drei Fragen stellen sich:

- Vom Armenhaus zum Schwellenland – Ist Indien der Beweis für den zivilisatorisch-interventionistischen Anspruch des Westens: Demokratie=Marktwirtschaft=Entwicklung?
- Wie demokratisch ist Indien?
- Positioniert sich Indien als Teil des westlich-demokratischen Blocks?

I. Von Unterentwicklung zum Schwellenland – Wachstum OHNE Entwicklung

1. Nach fast 400 Jahren europäischer Kolonialherrschaft, davon seit 1858 als britische Kronkolonie (British Raj), gewann der Subkontinent 1947 seine formelle Unabhängigkeit wenn auch begleitet von der traumatischen Teilung in das dominant hinduistische Indien und das muslimische Pakistan zurück. Mehr noch: Das Land, das bis zu Beginn des 18. Jahrhunderts rd. ein Viertel des Weltsozialprodukts gestellt hatte, war auf einen Anteil von unter 4 % abgesunken. Mit 340 Mio. Einwohnern, von denen nur 12 % alphabetisiert und 70% in der Landwirtschaft beschäftigt waren, galt es als Prototyp eines

¹ Zum Konzept, Inhalt und Zielsetzung der ‚wertebasierten internationalen Ordnung‘ cf. Neelsen, John Die „wertbasierte internationale Ordnung“ – Ein neo-imperialistisches Hegemonialprojekt. In: *SOZIALISMUS*, Jg 49, Heft Nr. 5, Mai 2022, pp 43-48.

² Begonnen hatte alles Ende Dezember 2021 mit dem „1.Gipfel für Demokratie“ in Washington gefolgt vom Kommuniqué der Präsidenten Putin und Xi im Februar 2022 zu Beginn der Olympischen Winterspiele in China, in dem der ‚regelbasierten internationalen Ordnung‘ als Konstrukt westlicher Vorherrschaft der Kampf angesagt, eine neue, auf UNO und Völkerrecht gegründete Weltordnung proklamiert wurde. In schneller Folge reihten sich seit dem Beginn des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar d.J. Konferenzen von G7, NATO und EU, weniger beachtet der BRICS, aneinander, um die Fronten zu klären, Verbündete zu gewinnen.

„übevölkerten Armenhauses“.¹ Auch sozial und politisch sah sich die Regierung angesichts von 565 formell unabhängigen Fürstentümern, von 450 größeren, vier verschiedenen Sprachfamilien angehörenden Gruppen und einem arbeitsteilig und religiös untermauerten hierarchischen Kastensystem mit grundlegenden Herausforderungen konfrontiert. Unter dem Stichwort ‚Unity in Diversity‘ wurde ein Bundesstaat mit heute 28 Ländern auf den Verfassungsprinzipien von Säkularismus und Gleichheit in einem parlamentarisch bürgerlich-demokratischen System mit starker Zentralregierung gegründet.

2. *Wirtschaftlich wurde grundsätzlich an dem unter den Briten eingeführten Kapitalismus festgehalten.* Diese hatten im 19. Jahrhundert mit der Einführung von Privateigentum, der Monetarisierung der Abgaben, dem Aufbau westlicher Verwaltungs- und Bildungsstrukturen eine bürgerlich-kapitalistische Transformation eingeleitet. Zugleich hatten sie mit dem erzwungenen Import von Baumwollprodukten aus Manchester der eigenen Industrialisierung zu Lasten des bis dahin weltweit führenden indischen Textilgewerbes sichtbar in einer ‚sekundären Verländlichung‘ einen Schub verliehen. Der Grundstein war gelegt für eine bis heute andauernde ‚abhängige Entwicklung der Unterentwicklung‘ in einem hierarchisch strukturierten kapitalistischen Weltsystem. Sie zeichnet sich durch eine perennierende ursprüngliche Akkumulation aus. Polit-ökonomisch manifestiert sie sich in einer strukturellen Heterogenität definiert als formal dauerhaftes Nebeneinander von vor-, halb- und -kapitalistischen Produktionsweisen. Sozial-strukturell spiegelt sie sich analog in einer nur partiellen Herausbildung bürgerlicher Klassen. Funktional über die dominierenden Mechanismen des Marktes miteinander verschränkt, werden jedoch alle vorkapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse unter dem Diktat von Wettbewerb, Preis und Gewinn ihrer sozialen Dimensionen zu Gunsten maximaler Ausbeutung beraubt.
3. Das unabhängige Indien übernahm prinzipiell Kapitalismus und bürgerliche Demokratie übertrug dem Staat jedoch eine herausragende Rolle bei der nationalen Entwicklung. So wurde im Rahmen einer nach Eigentumsformen gemischten Wirtschaft ein langfristiger friedlicher Übergang zum Sozialismus anvisiert. Dabei wurde prioritär neben einem kontrollierten Außenhandel eine am Binnenmarkt orientierte Industrialisierung unter staatlicher Leitung im Rahmen von Fünf-Jahresplänen über rd. 4 Jahrzehnte verfolgt. Zeitgleich mit der Implosion des realen Sozialismus und der weltweiten neoliberalen Globalisierung wurde diese Politik angesichts unbefriedigenden Wachstums („Hindu rate of growth“) und hoher Bürokratisierung („Licence Raj“) zu Gunsten einer Liberalisierung, Deregulierung und Weltmarktöffnung aufgegeben. Seitdem hat sich trotz eines Bevölkerungszuwachses seit 1991 von 500 Mio. auf 1.4 Mrd. 2021 das Pro-Kopf-Einkommen (PKE) um das 3.7 fache, das BIP von 3.5 auf einen Weltwirtschaftsanteil von 6.8 % erhöht.² Besonders im Service-Bereich haben seine Software-, Informatik-, Pharma- und Filmindustrie Weltgeltung. Heute zählt Indien zu den ‚Schwellenländern‘ und belegt

¹ <https://www.timesnownews.com/business-economy/economy/article/1947-india-in-numbers-what-was-the-country-s-gdp-population-per-capita-income/636908>

² <https://thewire.in/economy/market-reforms-india-bangladesh-china-liberalisation-development>. Die Bevölkerung verzeichnete zwischen 1947 und 1991 einen Zuwachs von rd. 550 Mio.

mit einem BSP von 2.9 Bio. \$ den 6.Rang unter den Volkswirtschaften, mag das PKE mit 2100 \$ auch noch gering sein.¹ 2050 wird Indien von global führenden Wirtschaftsberatungsunternehmen wegen seiner jugendlichen Bevölkerung, wachsenden Verstädterung, konsumkräftigen Mittelschichten, steigenden Sparraten und Anwendung moderner Technologien der 3.Rang unter den Volkswirtschaften mit einem globalen Anteil von 15% gegenüber nurmehr 9% für das EU der 27 prognostiziert.²

4. *Bevölkerungswachstum und Beschäftigung:* In den nächsten 25 Jahren bis zum 100. Jahrestag der Unabhängigkeit wird die Bevölkerung um annähernd weitere 300 Millionen Menschen wachsen, der Druck auf den Arbeitsmarkt sich drastisch erhöhen. Heute leben gerade einmal 35% in Städten, 2050 sollen es 60% sein.³ Status und sektorale Verteilung der Arbeitskräfte werden sich radikal ändern müssen, will man soziales Elend, politische Unruhen und Instabilität vermeiden. So charakterisieren Überbevölkerung und Unterbeschäftigung die Landwirtschaft, in der 43% ihr Auskommen finden, die aber nur 16% zum BSP gegenüber 25 % in Industrie- und Baubereich und 32% im Service-Sektor beitragen. Darüber hinaus ist die Beschäftigungsquote mit 45% sehr gering, die Jugendarbeitslosigkeit mit 24% hoch.⁴ Zudem arbeiten über 90% der Beschäftigten als schlecht bezahlte Tagelöhner im ‚nicht-organisierten Sektor‘, in dem die staatlichen Arbeitsschutz-, Beschäftigungs- und Lohngesetze nicht angewandt werden.
5. *Ungleichheit und Armut:* Von der Politik der Liberalisierung und Deregulierung hat auch im globalen Vergleich vornehmlich die kleine Elite der obersten 10% extrem profitiert. In ihren Händen konzentrieren sie 2/3tel des Reichtums und ihre Einkommen übersteigen um das 22 fache die der unteren Hälfte der Bevölkerung (USA 17, China 14, D 10). Diese verfügt über gerade einmal 6% des nationalen Reichtums⁵ und mindestens 10% der Bevölkerung lebt weiterhin in absoluter Armut (<2 \$ p.d. nach Kaufkraft).⁶ Solche eklatanten Unterschiede behindern wirtschaftliches Wachstum und fördern politische Instabilität. Zusammen mit den Daten zum Arbeitsmarkt sind sie typisch für ein ‚Wachstum ohne Entwicklung‘ oder den peripher-kapitalistischen Gesellschaftstyp.

Bleibt festzuhalten, dass die indische Demokratie mit ihrer privatkapitalistischen Entwicklungsstrategie zwar gerade in jüngster Zeit überdurchschnittliches Wachstum, aber nur in Verbindung mit wachsender Ungleichheit und massenhaft unsicheren Lebensverhältnissen verzeichnet hat. Einen Beweis für eine nachholende kapitalistische Entwicklung liefert es nicht. Im Gegenteil.

¹ <https://statisticstimes.com/economy/projected-world-gdp-ranking.php>

² [https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_past_and_projected_GDP_\(nominal\)#Long_term_GDP_estimates](https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_past_and_projected_GDP_(nominal)#Long_term_GDP_estimates)

³ <https://www.livemint.com/Politics/CyaMfUgL7r9dEAPKIRYMkl/60-of-Indias-population-to-live-in-cities-by-2050-governm.html>. Indiens Verstädterung ist im Vergleich sehr gering: so liegt global der Anteil aktuell bei 55 %, 2050 wird er auf 68% prognostiziert.

⁴ <https://tradingeconomics.com/india/employment-rate#:~:text=Employment%20Rate%20in%20India%20averaged,the%20second%20quarter%20of%202020>.

⁵ <https://wir2022.wid.world/> pp 197f. Mit 237 Milliarden belegte Indien 2022 den 3.Platz nach den USA mit 724, China 698 und vor D 137. <https://worldpopulationreview.com/country-rankings/billionaires-by-country>

⁶ <https://www.downtoearth.org.in/blog/governance/mass-poverty-is-back-in-india-76348>

So einschneidend das historische Ende des europäischen Kolonialismus auch war, es bedeutete keinen ordnungspolitischen Systemwechsel. Die herrschende Elite wurde indigenisiert, die Wirtschaft stärker am Binnenmarkt und an nationalen Interessen ausgerichtet, eine Überwindung der bestehenden Eigentums- und Gesellschaftsordnung erfolgte jedoch nicht. Dies wäre angesichts der unterentwickelten peripher-kapitalistischen Wirtschaftsstruktur umso dringlicher gewesen.

II. Vom Säkularismus und Pluralität zum Hindu-Nationalismus - eine beschädigte Demokratie¹

1. Die ursprünglich unter Führung des Indian National Congress säkular-integrative Ausrichtung von Staat und Gesellschaft wurde mit dem Aufstieg der ‚Indischen Volkspartei‘ (BJP), die zuerst 1998/99 die Regierung in Delhi übernommen hatte und seit 2014 eine Regierung mit absoluter Mehrheit anführt, zu Gunsten einer *sub-nationalistischen Politik* aufgegeben. Innenpolitisch äußert sie sich in einem aggressiven, die kulturell-religiösen Minderheiten exkludierenden Nationalismus der Hindus, die 4/5tel der Bevölkerung ausmachen. Unter dem Schlagwort ‚Hindutva‘² als Markenzeichen und Programm der BJP ist er als bestimmendes Moment inzwischen auch in die Rechtsprechung eingegangen, damit legalisiert und legitimiert. Er richtet sich vor allem gegen die mit 14 % größte, zudem sozio-ökonomisch besonders benachteiligte Minderheit der 200 Mio. Muslime. Obwohl seit 1000 Jahren auf dem Subkontinent siedelnd und Träger der welthistorisch bedeutsamen kulturell-synkretistischen Blütezeit des Mogulreichs vom 16.-19. Jahrhundert, wird der Gegensatz Hindus-Muslims vor allem zu Wahlkampfzeiten, angelegentlich mit gewalttätigen Pogromen, instrumentalisiert.³ Nicht ohne Erfolg! Er dient dazu, die nach Sprache, Tradition und Kaste, Einkommen und Beruf vielfältig fragmentierte Gesellschaft der Hindus zu einen. Typischerweise gibt es

1

Für eine Detailanalyse der politischen Entwicklung Indiens cf. Neelsen, J.P., Bürgerliche Demokratie in der Dritten Welt: Indien. <https://www.isw-muenchen.de/2022/10/buergerliche-demokratie-in-der-dritten-welt-indien/>

² Als Partei geht die BJP auf die 1951 gegründete Bharatiya Jana Sangh bzw. deren Nachfolgeorganisation die 1977 geformte Janata Party zurück. Ihren Ursprung haben alle drei in der 1925 aus der Taufe gehobenen *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (RSS - ‚Nationale Freiwilligen Organisation‘), einer rechten hindu-nationalistischen paramilitärischen Organisation mit heute rd. 6 Mio. Mitgliedern, die im sozialen, karitativen und edukativen Bereich arbeitet. Die RSS, der auch Premier Modi angehörte, hat in der Folge eine Vielzahl weiterer Organisationen, so für Frauen, Jugend, Arbeiter, Bauern, etc., zusammengefasst in der ‚Sangh Parivar‘ (Sangh Familie) gegründet. Ihre Ideologie ist ‚Hindu Rashtra‘ oder ‚Hindutva‘ (Stärkung der) Hindu Nation). Vgl. dazu Malik, D., in Neelsen, J.P., Malik, D. (eds), *Crisis of State and Nation*, Delhi 2007.

³ So wurde Premier Modi, damals Ministerpräsident des Bundesstaates Gujarat, für die anti-muslimischen Pogrome 2002 mit über 1000 Toten, für die Tatenlosigkeit der Polizei bzw. direkten Unterstützung staatlicher Institutionen für die Marodeure verantwortlich gemacht. Als Folge durfte er als ‚persona non-grata‘ nicht in die USA einreisen, ein Verbot, das erst nach seiner Wahl zum Premier 2014 aufgehoben wurde.

https://de.wikipedia.org/wiki/Ausschreitungen_in_Gujarat_2002

https://en.wikipedia.org/wiki/2002_Gujarat_riots <https://www.ft.com/content/cb195e8b-8a7f-4a2d-ba6e-7d4654973ede> Grundsätzlich Brass, P., *The Production of Hindu-Muslim Violence in Contemporary India*, Washington 2007.

keinen einzigen Muslim unter den 303 Abgeordneten der BJP im Parlament in Neu-Delhi.¹

2. Eine ähnlich hindunationalistische Stoßrichtung belegt das Anfang 2020 in Kraft getretene, ursprünglich wegen umfangreicher muslimischer Einwanderung aus Bangladesch nach Assam konzipierte, neue *Einbürgerungsgesetz*. Von nun an wird allen *nicht-muslimischen* Flüchtlingen aus den Nachbarstaaten Afghanistan, Bangladesch und Pakistan gleich ob Hindu, Jain, Sikh, Parse, Buddhist oder Christ, die bis Ende 2014 ins Land kamen, der Erwerb der indischen Staatsangehörigkeit erleichtert; der Residenznachweis zwecks Naturalisierung auf 6 Jahre halbiert. Zum ersten Mal wird damit Religionszugehörigkeit entgegen des in der Verfassung verankerten Säkularismus zum staatlich legalisierten, nach Ansicht der UN ‚diskriminierenden‘ Sonderungsmerkmal der Bevölkerung. Mehr noch, viele Muslime befürchten bei dem nunmehr auf den neuesten Stand zu bringenden ‚National Register of Citizens‘ (NRC), die erforderlichen Dokumente, wie Geburtsurkunden oder Staatsangehörigkeitsausweise nicht vorlegen zu können und damit Gefahr zu laufen, staatenlos und vertrieben zu werden.²
3. Eine zusätzlich politisch-institutionelle wie außenpolitische Dimension wird schließlich in der Aufhebung des Sonderstatus von *Jammu & Kaschmir* kurz nach der Parlamentswahl von 2019 sichtbar. Einziger mehrheitlich muslimischer Bundesstaat war die islamisch geprägte kulturell-territoriale Identität seiner Bevölkerung bisher durch Zuzugsbeschränkungen geschützt. Von nun an aber kann sich jeder Bürger Indiens in Kaschmir niederlassen, Land und Eigentum erwerben und Geschäfte betreiben. Ziel ist offenkundig die Hinduisierung von Bevölkerung und Wahlkreisen.³
Auch der politische Status des Bundesstaates mit ehemals eigener Verfassung, Flagge und Selbstverwaltung wurde abgeschafft. Die an China angrenzende Region Ladakh wurde administrativ abgetrennt und ebenso wie der verbliebene Landesteil von Jammu & Kaschmir als ‚Union Territory‘ direkt der Zentralregierung, inkl. ‚Öffentliche Ordnung‘ und Polizei, unterstellt. Bei einer Gesamtbevölkerung des Bundeslandes von kaum 13 Mio. Einwohnern kann angesichts von 600.000 Sicherheitskräften aus Militär und Polizei von Rechtsstaat und Demokratie kaum die Rede sein.⁴

¹ Das entspricht bei einer Gesamtzahl von 543 Abgeordneten in der Lok Sabha (Volkskammer) einem Anteil von 56%. Die regierende National Democratic Alliance (NDA) repräsentiert mit 353 MP 65% aller Parlamentarier, wobei die BJP mit 86% eine erdrückende Mehrheit in der Koalition stellt. Der Indian National Congress, jahrzehntelang an der Regierung und wichtigste Oppositionspartei entsendet dagegen nur 52 Abgeordnete.

² <https://freedomhouse.org/country/india/freedom-world/2021> In ihrem Bericht für 2021 stuft die von der US-Regierung finanzierte Menschenrechts-Organisation „Freedom House“ Indien vom Status einer freien zu einer nurmehr ‚teilweise freien Demokratie‘ vor allem wegen der Diskriminierung gegenüber Muslimen herab. Hinzu kommen zunehmende Einschränkungen bürgerlicher und politischer Freiheiten, inkl. Presse und Wissenschaft sowie Unterminierung der Gewaltenteilung.

³ Die kaum 13 Mio. Einwohner des (ehemaligen) Bundesstaates, das sind 1% der Bevölkerung Indiens, verteilen sich ethnisch-religiös-cum-territorial wie folgt: Kaschmir 54% Bevölkerungsanteil, davon 97% Muslime; Jammu 44%, davon 65% Hindus und Ladakh 3% der Bevölkerung, die sich zu gleichen Teilen zum tibetischen Buddhismus bzw. Islam bekennt. <https://jk.gov.in/jammukashmir/?q=demographics>

⁴ https://en.wikipedia.org/wiki/Insurgency_in_Jammu_and_Kashmir#:~:text=Some%20analysts%20have%20suggested%20that,refuses%20to%20release%20official%20figures.

Zusammenfassend: Angesichts der aufgezeigten ungleichen Entwicklung mussten die bürgerliche Demokratie und ihre Vertreter in Regierung und Parteien die mit der Unabhängigkeit verbundenen Erwartungen enttäuschen. Ihre Legitimation und politische Basis erodierte. Die Gewaltenteilung wurde zunehmend zu Gunsten der Exekutive verschoben, Gewalt banalisiert. Wahlen führten eher zum Wechsel des politischen Personals als einem der Politik. Vorrangig ging es nunmehr um Macht als Voraussetzung für parteipolitischen und partikularistischen Zugang zu und Aneignung von Staat und Verwaltung, Posten und Pfründen.

Angetreten als säkulare Mehrparteien-Demokratie mit formal vorbildlichen regelmäßigen Wahlen erfolgte ein Umschlag der Politik vom Primat der Klassenwidersprüche zu ethnisch-kulturellen Unterschieden im Wettstreit der Parteien um politische Macht. Eine zentrale Ursache liegt in der peripher-kapitalistischen Entwicklung. Neben den Produktionsverhältnissen verharren auch die Gesellschaftsstrukturen im Prozess der Transition als dauerhaftes Nebeneinander von kapitalistischen Klassen und vorkapitalistischen kollektiven Partikularidentitäten wie Kasten- und kulturell-religiöser Zugehörigkeit. Diese wurden zwar substantiell transformiert, aber nicht aufgehoben.

Da die bürgerliche Demokratie auf quantitativen Mehrheiten beruht, gibt es im Rahmen des Parteienwettbewerbs um politische Macht zumindest eine Tendenz zur Mobilisierung der ethnisch-kulturellen Partikularidentitäten. Das bedeutet zunächst auch auf parteipolitischer Ebene zwecks Erhöhung von Einfluss und Sanktionspotential eine Kooperation von Tausenden traditionell lokaler, häufig im Widerstreit liegender Gruppen gleicher Kasten- und Soziallage, den sogenannten Jatis. Beispielhaft sind die Unberührbaren, die als "Gelistete Kasten" besondere staatliche Vorteile bei Ämter- oder Studienplatzvergabe genießen. War in den Anfangsjahrzehnten der Konflikt um Hindi als Nationalsprache besonders virulent wurde er später durch die außen- und innenpolitische Verschränkung des Indien/Pakistan mit dem Hindu-Muslim Konflikt durch die hindunationalistische BJP ersetzt. Mit Hindutva wird der Subnationalismus der kulturellen Mehrheit zur einzigen und wahren Repräsentantin der Nation erhoben. Der Staat mit seinen Ressourcen wird vorrangig als Interessenvertreter der und zu Gunsten der Mehrheit betrachtet. Er führte zur sozio-politischen Fragmentierung der Gesellschaft im Verein mit systematischer Diskriminierung bis hin zu Stigmatisierung der/einer der Minderheiten und genereller Zunahme von Gewalt.

III. Von Non- zu Multi-Alignment und Strategischer Autonomie statt Bündnispartner im Block der Demokratien

Ausgangslage: Die zentralen Determinanten indischer Außenpolitik sind (1) Historische Grenzkonflikte mit Pakistan, inkl. Kaschmir, sowie mit China; (2) sein Anspruch als Ordnungsmacht im Indischen Ozean und (3) seine Zukunft als geopolitische Großmacht in einer multipolaren Welt.

1. Das Trauma der Teilung von British India, zugespitzt im Streit über die Zugehörigkeit Kaschmirs, bestimmt seit 75 Jahren die internationale Politik der beiden Todfeinde Südasiens, Indien und Pakistan. 3 Kriege wurden um Kaschmir ausgetragen, führten 1971

zur Abspaltung von Ostpakistan und seiner Gründung als Bangladesch. Sabotage- und Bombenattentate sowie die beiderseitige Atombewaffnung praktisch ohne Vorwarnzeiten waren die Folge. Sie lähmen regionale Zusammenarbeit, Handel und Entwicklung zwischen den acht Nachbarn der Region trotz gemeinsamer Zugehörigkeit zur 1985 gegründeten ‚südasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft‘.¹

2. Auf die Kolonialzeit zurück gehen auch die immer wieder aufflammenden, angelegentlich bewaffneten Konflikte mit der Volksrepublik China um widerstreitende Gebietsansprüche entlang der 3.500 km langen Grenze im Himalaya. Betroffen sind vor allem für beide Seiten strategisch wichtige Gebiete in Kaschmir/Ladakh, das Doklam Plateau im Dreiländereck zwischen Indien, der Volksrepublik und Bhutan und schließlich der von Beijing reklamierte indische Bundesstaat Arunachal Pradesh. Doch trotz der Grenzkonflikte war Indien beispielsweise bei der Blockfreien Bewegung als Freund und Fürsprecher Chinas in den 1960/70 Jahren aufgetreten. Doch inzwischen spielt die Konkurrenz um Einflusszonen eine zusätzliche und konfliktverschärfende Rolle.

Als Folge des Kolonialismus waren beide Länder bei der Unabhängigkeit von niedrigen 4 % Anteilen am Weltsozialprodukt ausgegangen und hatten in den ersten drei Jahrzehnten einen ähnlichen Wirtschaftsverlauf verzeichnet. Doch ab 1980 beschleunigte sich im Zuge der Dengschen Öffnungspolitik das Wachstum Chinas soweit, dass bei gleicher Bevölkerung ein Chinese heute über ein fünfmal höheres Einkommen verfügt. Mehr noch, als weltweit zweitgrößte Volkswirtschaft und wichtigste Handelsnation hat China mit seiner Seidenstraßen-Initiative (BRI) bei den Anrainerstaaten des Indischen Ozeans bis nach Afrika umfassende Infrastrukturprojekte realisiert.

Indien hat nicht nur eine Beteiligung an der BRI abgelehnt. Es sieht nicht nur seinen Einfluss bei den Nachbarn in Südasiens. Es fürchtet um seine Position als traditionelle Ordnungsmacht im Indischen Ozean, mehr noch einen wirtschaftlich-militärischen Doppelcharakter der chinesischen Basen im Indischen Ozean. Darin bestätigt und eingekreist fühlt sich Neu-Delhi durch die enge politische Zusammenarbeit Chinas und Pakistans, symbolisiert im ‚China-Pakistan-Economic-Corridor‘ (CPEC) mit dem Hafen Gwadar am Indischen Ozean. Als Resultat hat Indien mit Blick auf China sich modernste Waffen, inkl. Atomraketen mit interkontinentaler Reichweite zugelegt. Zudem hat Neu-Delhi seit 2020 damit begonnen, seine Handelsbeziehungen zur Volksrepublik - bis dato wichtigster Handelspartner vor allem bei Importen – per Sanktionen und Investitionsverboten auszudünnen.² Schließlich verweigerte Indien im November 2020 in letzter Minute seinen Beitritt zum unterschriftsreifen ‚Regional Comprehensive

¹ Die SAARC, die ab 2006 in eine regionale Freihandelszone (SAFTA) überführt wurde, repräsentiert 4-5 % des Welthandels, aber macht nur 1% des gemeinsamen BIP aus.

² Die Sanktionen dürften Indien selbst hart treffen, ist China doch sein wichtigster Handelspartner nicht zuletzt in den zentralen exportorientierten Sektoren, wie Pharmaindustrie, Telekom und Informatik. Im Übrigen hatte Indien seit 2013 an den Verhandlungen zur RCEP teilgenommen, die mit 30% des globalen BIP weit grösser ist als EU oder die USMCA, die frühere NAFTA. Sie verspricht zudem eine vertiefte regionale wirtschaftliche Integration und damit bedeutsame Entwicklungsdynamik. Inzwischen sind die USA wichtigster Handelspartner Indiens. <https://economictimes.indiatimes.com/news/economy/foreign-trade/us-becomes-indias-largest-tradepartner-is-india-china-trade-decoupling/articleshow/92356771.cms>

Economic Partnership“ (RCEP) Vertrag, dem neben den zehn ASEAN-Staaten Australien und Neu Seeland, Süd-Korea und Japan auch China -als weitaus größter Volkswirtschaft-, angehört.

3. Damit scheint der Boden für eine enge Kooperation mit dem Westen, insbesondere den USA gegeben. In der Tat bemüht sich Washington seit der Beilegung des Konflikts um Indiens Atomwaffentests 1998 wegen Missachtung des Atomwaffensperrvertrags (NPT)¹ immer mehr, das Land in eine gemeinsame anti-chinesische Front zu einzubinden.

In der Tat wurde die Kooperation zwischen der „ältesten“ und der „größten Demokratie“ lange vor dem 1. Demokratiegipfel auf allen, inkl. militärischem Gebiet verdichtet. Strategischer Partner, seit 2016 ‚Major Defense Partner‘, 2018 gar in die oberste Kategorie der ‚Strategic Trade Authorization‘ erhoben, kann Delhi lizenzfrei modernste US-Rüstungsgüter erwerben. Hinzu kommen Verteidigungsabkommen u.a. im Bereich Logistik oder Satellitenaufklärung zwecks vertiefter Kooperation, Koordination und verbesserter Interoperabilität.² Schließlich wurde seit 2017 der zuerst 2007 mit anti-chinesischer Stoßrichtung initiierte ‚Quadrilateral Security Dialogue‘, kurz QUAD, mit Australien, Japan und den USA wieder aufgenommen und intensiviert. Gemeinsame Flottenmanöver im Indischen und West-Pazifischen Ozean werden regelmäßig im Namen des ‚free and open Indo-Pacific‘ organisiert. Beim letzten Treffen der QUAD-Staats- und Regierungschefs in Tokio bekundete Premier Modi auch ein aktives Interesse Indiens am „Indo-Pacific Economic Forum“, dem von Biden initiierten Alternativprojekt zu Chinas neuer Seidenstraße (BRI). Doch wenn Washington gehofft hatte, Indien endlich als Schlussstein in seine Strategie der Einkreisung und Bekämpfung Chinas einzubinden, wurde es enttäuscht. Trotz aller Bemühungen verweigerte sich Neu-Delhi einer Zuspitzung der militärischen Zusammenarbeit der Vier ebenso wie einer Verurteilung Russlands wegen seiner Ukraine-Intervention. Stattdessen wurde eine umfassende technologische Kooperation vereinbart. Offenkundig teilt Indien die manichäische Sicht des Westens weder auf den Ukraine Krieg noch auf den globalen Systemkonflikt der ‚Demokratien gegen autoritäre Regime‘. Hinzu kommen generelle außenpolitische Positionierungen.

4. Aus historischen, demographischen, geographischen und geopolitischen Gründen definiert sich Neu-Delhi prioritär als zentraler internationaler Akteur. Gründungsmitglied der UNO und aktives Mitglied bei UNO-Friedenseinsätzen beansprucht es einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Gründungsmitglied der Blockfreien Bewegung 1961 war Indien führender Vertreter und Sprachrohr der ‚jungen‘ Nationen des post-kolonialen globalen Südens. Zu groß, um sich einer der Weltmächte unterzuordnen, hat es stets dauerhafte, vor allem militärische, Bündnisse zu Gunsten einer *strategischen Autonomie multipler Partnerschaften* in der Verfolgung langfristiger eigener Großmacht Interessen vermieden.

¹ Mohan, C.R., India and Nuclear Weapons, <https://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-1998-4/artmohan.pdf>

² <https://www.state.gov/u-s-security-cooperation-with-india/>

5. Gleichwohl hat eine grundlegende Neuorientierung von ‚non-alignment‘ zu ‚multi-alignment‘, inkl. Partnerschaften selbst mit untereinander verfeindeten Mächten stattgefunden.

So ist seit Sowjet-Zeiten Russland größter Rüstungslieferant, gleichzeitig wichtiger Partner in der 2009 gegründeten Gruppe der BRICS, der zusätzlich China, Brasilien und Südafrika angehören. Sie vertreten die Interessen des Trikonts und eine andere als die vom Westen etablierte Weltordnung. Neben der Gründung eigener alternativer Wirtschaftsinstitutionen fordern sie nicht nur angemessenes Gewicht in den Bretton Woods Institutionen und eine grundlegende Reform der internationalen Institutionen, inkl. UN und des Sicherheitsrats. Mehr noch streben sie eine ‚neue globale Ordnung‘ auf Basis des Völkerrechts und der Panchsheel Grundsätze von Bandung an.¹

Gleiches gilt für die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit, der Delhi 2017 zeitgleich mit Pakistan beitrug und der China, Russland und vier zentralasiatische Republiken, seit neuestem auch der Iran als Vollmitglieder angehören.

Hier offenbart sich eine Kernpositionierung der Außenpolitik Indiens: Vasall von niemandem hat es einen potentiell mäßigenden Einfluss auf geopolitische Konfliktkonstellationen wie es seinerseits zur Zusammenarbeit mit dem Erzfeind Pakistan in multilateralen gemeinsamen Organisationen bereit ist.

Zusammengefasst hat diese Politik dazu beigetragen, einerseits das außenpolitische Gewicht Indiens zu vergrößern, gleichzeitig die Eskalation von Konflikten zu begrenzen und vor allem die Entwicklung zu einem multipolaren geopolitischen System mit ausgewogenem Kräftegleichgewicht anstelle westlich US-amerikanischer Hegemonie zu forcieren.

Résumé:

Indiens außenpolitische Strategien sind weder werte- noch regelbasiert, sondern national interessengeleitet. Statt Blockbildung oder Hegemonie der Demokratien unter US-amerikanischer Dominanz strebt Neu-Delhi eine polyzentrische internationale Ordnung mit Indien als einem der Pole an. Von allen Weltmächten umworben, Mitglied widerstreitender Foren bzw. Bündnisse, wie die Shanghai Organisation oder die QUAD, vermeidet es jede dauerhaft eindeutige Parteinahme.

1. Dieses multi-polare System sollte sich auf folgende Global Governance Architektur gründen: eine (reformierte) UNO, Anerkennung und Durchsetzung des Völkerrechts sowie die Prinzipien und Normen der Panchsheel der Blockfreien, wie sie zuerst im Tibet-Vertrag von 1954 zwischen Indien und China und zuletzt von den BRICS formuliert wurden: nämlich Souveränität und friedliche Konfliktlösung, die im Einzelnen als wechselseitiger Gewaltverzicht (non-aggression) und friedliche

¹ Die Panchsheel oder 5 Prinzipien friedlicher Koexistenz wurden zuerst im Tibet-Vertrag von 1954 zwischen Indien und China formuliert, dann auf der Asian-African-Conference der Blockfreien 1955 in Bandung und zuletzt von den BRICS aufgegriffen. Ihre grundlegenden Normen sind Souveränität, Gleichheit und friedliche Konfliktlösung. Im Detail werden sie spezifiziert als wechselseitiger Gewaltverzicht (non-aggression), Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Anerkennung territorialer Integrität und Souveränität, friedliche Koexistenz und Kooperation zu wechselseitigem Vorteil.

Koexistenz, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Anerkennung territorialer Integrität und Souveränität, Gleichheit und Kooperation zu wechselseitigem Vorteil.

2. Die politischen Institutionen erfüllen formal alle Kriterien einer Mehrparteien-Demokratie mit regelmäßigen Wahlen, Säkularismus und Gewaltenteilung. Es hat sich jedoch zunehmend eine oligarchische bzw. subnationalistische Fassadendemokratie herausgebildet. Ihre Kennzeichen: Mit Hindutva macht die Regierungspartei die kulturell-religiöse Mehrheit zur Staatsnation auf Kosten der Minderheiten, polarisiert die Gesellschaft statt sie zu einen. Und die Volksvertreter?: gegen annähernd die Hälfte laufen Strafverfahren und 88 % der Parlamentarier sind Multimillionäre in einem Land mit einem pro-Kopf-Einkommen von 2.100 \$.¹
3. Der interventionistische Universalismusanspruch des Westens gegründet auf der Sequenz Demokratie-Völkerrecht-Menschenrechte-Entwicklung ist auf bürgerliche und politische Rechte in Verbindung mit Freiheit des Marktes beschränkt. Die der 2. und 3. Generation, nämlich soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte sowie die auf Frieden, Entwicklung und Nachhaltigkeit sind ganz bewusst ausgeschlossen. Sie dienen einer Strategie der neoliberalen Globalisierung generell, der Aufrechterhaltung der US-amerikanischen bzw. kollektiv-westlichen machtpolitischen Hegemonie speziell. Wie das Beispiel des Aufstiegs Indiens zum Schwellenland zeigt, bringen bürgerliche Demokratie im Verbund mit Neoliberalismus dem globalen Süden eine nur partielle Durchsetzung des Kapitalismus. Dieser peripher-kapitalistische Typus zeichnet sich durch Wachstum ohne Entwicklung, verfrühte Bürokratisierung, Konzentration und Zentralisation des Kapitals sowie zunehmende Ungleichheit bei gleichzeitiger Persistenz vor-kapitalistischer Ausbeutungs- und Gesellschaftsverhältnisse aus.

Allenfalls im Frühstadium zwecks Entwicklung der Produktivkräfte ist das privatkapitalistisch bürgerlich-demokratische Modell erfolgreich. Wer nachhaltige Entwicklung für Alle und Herrschaft des und für das Volk will, muss das westliche Gesellschafts- und Politikmodell, inkl. seiner Außenpolitik, bekämpfen.

Zusammenfassung und Schluss

Wie sich in den vorangegangenen Darlegungen gezeigt hat, trägt bisherige westliche Politik selbst den entscheidenden Anteil daran, dass der emanzipatorische Drang postkolonialer Staaten nach gerechteren und mehr auf Teilhabe der Völker basierenden Alternativen zunimmt und dass im Zuge dessen aufsteigende Mächte ihre außenpolitischen wie außenwirtschaftlichen Beziehungen zu diversifizieren suchen. Gemessen allein schon daran, erweist sich die Zielrichtung der „Regelbasierten internationalen Ordnung“ als aus der Zeit gefallen.

Die regionalen Dossiers veranschaulichen diesen Prozess der Entfremdung vom Westen sowohl in ihrer Vielschichtigkeit, als auch historischen Tiefe. Sie lassen erkennen, dass es sich

¹ Vernier, G., La corruption en Inde, un phénomène en pleine croissance, pp 35-38, in : Questions internationales, L'Inde, Une puissance singulière, Nr. 106, Mars/Avril 2021.

bei Kritik bis hin zu strikter Ablehnung des vom Westen dominierten internationalen institutionellen Systems nicht um Einzelercheinungen handelt. Dass es durchaus kein Zufall ist, wenn sich seit der Formierung von BRICS und SOZ, deren Ansehen bei den postkolonialen Staaten sukzessive weiter erhöht und diese beständig an Zuspruch und Zulauf gewinnen. Gegenwärtig teilen, mit unterschiedlichem Status, 35 eurasische Staaten die Ziele und Prinzipien der SOZ. Und mit Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar, dem Königreich Bahrain, dem Staat Kuwait sind strategische Weichensteller des internationalen Energiemarktes sowie Ägypten als der Schlüsselbewahrer des Suezkanals dabei, sich diesem „Geist von Shanghai“ auch organisatorisch zu nähern. Nachdem Iran bereits zu den ordentlichen SOZ-Mitgliedern zählt. Wie es ebenso eine Frage der Zeit ist, dass sich - dem Beispiel Argentinien folgend – über kurz oder lang weitere Staaten dem BRICS-Verbund anschließen. Interessenten dafür gibt es bereits.

Verallgemeinernd lässt sich konstatieren:

Erstens: Ausgangssituation: Neue Multipolarität - Kennzeichen neuer internationaler Widersprüche und Interessenlagen

Die neuen multipolaren Kräfteverhältnisse verengen nicht nur des Westens Spielräume praktischen internationalen Agierens und Gebietens, sie schmälern auch dessen Aussichten, seine universalistischen Ambitionen zu realisieren. Im Gegenteil: Er hat sich zunehmend mit realen, sich offensichtlich dynamisch formierenden Gegenkräften und deren internationalen Ansprüchen auseinander zu setzen.

Die neue Multipolarität erwächst aus Perioden der Bipolarität und Unipolarität. In der ost-west-bipolaren entstanden nach dem Ende des zweiten Weltkriegs VN-Charta, bisher geltende völkerrechtliche Regeln, Prinzipien, Normen, Institutionen. Die bipolaren Mächtebedingungen waren paktgebunden. Bipolar auch der Umgang antagonistischer Gesellschaftsordnungen miteinander. Deren antagonistischen Widersprüche regelten, zivilisierten sie gleichfalls bipolar. Nach 1990 verführte der Zusammenbruch eines der Pole - Sowjetunion, sozialistisches Lager - die USA dazu, eigene unipolare Vorherrschaft zu etablieren. Ihnen gelang es, Seite an Seite mit einem „kollektiven Westen“, diese Unipolarität bis in die Gegenwart de facto aufrecht zu erhalten. Ausgestattet mit Paktmerkmalen- und Blockmentalität, auch militärischen, aus der Periode des Ost-West/West-Ost-Konflikts und erstem Kaltem Krieg trachteten sie danach, die Weltmächte Russland und China niedrig zu halten. „Amerika strebte die Systemveränderung des Gegners an“, so Henry Kissinger. „Die Erweiterung der NATO bis an die Grenzen Russlands [...] bis in einem „Umkreis von wenigen Hundert Kilometern von Moskau entfernt,wurde als zweckmäßige Methode ins Auge gefasst, um weiter Demokratie zu verankern.“¹

Der fundamentale Unterschied neuer Multipolarität zu bisherigen Bi- und Unipolaritäten besteht darin, dass der Westen diesmal nicht auf einen sang- und klanglosen Untergang der neuen Mächte, „Motoren“ und Träger der neuen Multipolarität, setzen kann. Vielmehr ergibt sich ein bisher unbekannter Zustand: Die postkoloniale Welt verteidigt, formt

¹ Henry Kissinger, Weltordnung, Bertelsmann 2016, S, 321,106

Multipolarität und der Westen verliert seine historische Unipolarität. Auch das gehört zur Ausgangssituation.

Zweitens: „Brandbeschleuniger“, „Regelbasierte internationale Ordnung“

Programmatik dieser Paktdoktrin, Konflikträchtigkeit anti-russischer und anti-chinesischer Strategien, Militarisierung der internationalen Beziehungen, „Kalter Wertekrieg“ kontrastieren provokativ zu Erwartungen des Südens. Das gilt auch für weltwirtschaftliche Aspekte. Anstatt sich für Reformen zu öffnen, transportiert die „Regelbasierte internationale Ordnung“ akute internationale Widersprüche in eine noch „junge“ Multipolarität und belastet friedenspolitische Verläufe ihrer Konsolidierung.

Drittens: Die neuen internationalen Widersprüche – Rückkehr der Antagonismen und deren Militarisierung

Der Fokus Friedensfrage erheischt, Charakter und Inhalt von Kausalwidersprüchen nachzugehen. Das gilt für jene, welche bereits Kaltem Krieg und Ost-West/West-Ost-Konflikt zugrunde lagen, deren Evolutionsstufen von Widersprüchen zu Gegensätzen, Übergang zur Krise, Hineinwachsen in Konflikt und Eskalationsprozess sowie dessen Umschlagen in Krieg.

Im Fall der Auflösung des ersten Kalten Kriegs löste die Transformation des sozialistischen zum kapitalistischen Gesellschaftssystem systemische Unversöhnbarkeiten ab. Anstatt Stabilisierung eines noch fragilen europäischen Ost-West/West-Ost-Verhältnisses entschied sich der Westen für eine Auseinandersetzung zwischen „westlichen Werten“ und „östlichen autoritären Regimen“. Mehr noch, für deren Übernahme seiner Werte. Jene Konfrontation trägt die Strategie der „Werte-/regelbasierten internationalen Ordnung“ nunmehr in die Multipolarität, internationalisiert und eskaliert sie.

Der oben skizzierten Eskalationsskala von Konfliktdynamik folgend, sind die Stufen „Krise“ und „Konflikt“ bereits weit überschritten. „Eskalationsprozess“ ist in Krieg umgeschlagen. Es findet eine Totalisierung von Politik und Mitteln statt. In ihr greifen „Wertekrieg“, militärische Mittel der NATO, Sanktionen aller Couleur, internationaler Wirtschaftskrieg ohne offizielle Kriegserklärung etc. ineinander.

Viertens, friedenspolitische Skizzen

In der Multipolarität werden die internationalen „Karten“ neu gemischt. „Alte Mächte“ werden von „Neuen Mächten“ entthront, deren traditionelles Verständnis und Kategorisierung von internationaler Ordnung herausgefordert. Und auch neue Mächte werden um ihre neue Einordnung und Platzierung rangeln.

EU-Europa wird in der Multipolarität nicht darum herum kommen, seine internationalen und außenpolitischen Interessen zu überprüfen und „schöpferisch“ zu definieren. Denn unter den neuen Bedingungen, machte es keinen Sinn, alte Absichts- und Verhaltensmuster, welche bereits bisher zu Vertrauensverlust, Krisen, Konflikten und Krieg führten, in die Multipolarität hinüber zu schleppen.

Die USA werden mit der neuen Multipolarität voraussichtlich schwerer zurecht kommen, als Europa das müsste, bliebe es unter der Dominanz der USA. Egon Bahrs prophetische Frage, welche er einst (nach 1990) angesichts einer neuen Welt an Europa richtete, ob es Selbstbestimmung will: „Die Selbstbestimmung ist nur gegenüber der Protektormacht zu erreichen. Genauer: indem die weit gehende Dominanz Amerikas über europäische Außen- und Sicherheitspolitik beendet wird.“¹ Bahrs „europäische Vision“ formulierte: „Europa will nicht Amerika dominieren, es will nur anders sein.“ „Bei Spannungen schrumpft der Einfluß Europas, bei Konfrontation verringert sich sein Gewicht, bei Ausbruch offener Gewalt verschwindet es weitgehend. Krieg ist der Feind Europas.“ In der Multipolarität wäre auch Russland gemeinsam mit Europa stärker als ohne und, umgekehrt, westliches Europa ohne die Russische Föderation.

Unter diesem Gesichtspunkt sind weitere Erkenntnisse bemerkenswert:

- Die Doktrin von der „Regelbasierten internationalen Ordnung“ zerstört die völkerrechtlichen und internationalen Grundlagen jedweder internationaler Beziehungen und Ordnung der Gegenwart. Wenn Multipolarität, unzweifelhaft, reformierter internationaler Absichten, Regeln, Verhaltensweisen sowie „Geschäftsordnungen“ zwischen Staaten bedarf, dann beansprucht sie völkerrechtliche etc. Übergangsmodalitäten. Diese können nur die geltenden sein, basierend primär auf der Charta der Vereinten Nationen und diese *müssen* Beziehungen friedlicher Koexistenz zwischen den Staaten sein. Es sind genau jene völkerrechtlichen Regelungen, auf welche die BRICS- und SOZ-Staaten ihre Reformierungsbemühungen gründen.
- Systemischer- sowie Wertpluralismus ist keine Veranlassung zu Kriegen - als eine der wichtigsten, entspannungsfördernden Erkenntnisse aus der Periode friedlicher Koexistenz Europas. Nicht Systemunterschiede per se stellen eine primäre Bedrohungsursache dar, sondern die *Militarisierung des Umgangs* mit diesen.² Unsere empirischen Erkenntnisse lassen den Schluss zu, dass sich Werteproblematik und „regime change“ innerhalb zwischenstaatlicher und internationaler Widersprüche zu den explosivsten Konfliktursachen zählen. Für deren Schüren waren keine *objektiven Gründe*, wohl aber *subjektive* westlicher Interessen zu erkennen.

Exit aus heißen und kalten Kriegen - unmittelbare Handlungsmöglichkeiten ohne Sicherheitsverlust:

- a) *Europäisch/eurasisches Staatenverhältnis und -Beziehungen entspannen.* Ein erster wesentlicher Schritt dahin wäre, diese von den Gefechten um die Werteproblematik zu entlasten. Davon wären erhebliche atmosphärische Verbesserungen zeitnah

¹ Egon Bahr, *Der deutsche Weg*, Karl Blessing Verlag, München, 2003, S. 103

² Zitat Bundeskanzler Helmut Kohl vom 28. November 1990 im Deutschen Bundestag: „Wir alle sind jetzt aufgerufen, eine neue Architektur für das Europäische Haus, für eine dauerhafte und für eine gerechte Friedensordnung auf unserem Kontinent zu gestalten.“ - Eine Position, welche die USA von vornherein blockierten.

erreichbar. Es ist kein *objektiver Grund* dafür zu erkennen, den „Kalten Wertekrieg“ nicht umgehend einzustellen. Weder sind Werte-, noch politische Ordnungsidentität westlicher Gesellschaften aus dem Osten gefährdet. Auch ist Internationalisierung westlicher Wertesysteme nicht absehbar.

- b) Hinsichtlich *Stellenwert und Platz der Werteproblematik in den europäisch/eurasischen Staatenbeziehungen* sollte ein Ansatz erarbeitet werden, welcher die zeitgenössischen multipolaren und soziokulturell pluralen Bedingungen realistisch bewertet. Priorität besitzen kooperative Staatenverhältnisse. Die Werteproblematik ist aus jedem militärpolitischen Kontext, so der NATO, zu entfernen.
Konkret sollte das für Russland und den gemeinsamen eurasischen Raum beginnen.
- c) *Friedliche Koexistenz von Staaten*. Beides – Multipolarität und die Warnungen eines aktuellen Kriegszustands - fordern dazu heraus, der UN-Charta, der Helsinki-Schlussakte, der Charta von Paris sowie der Nichtpaktgebundenheit (Bandung) verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.
- d) *Austilgung der Helsinki-Prinzipien darf auf keinen Fall zugelassen werden*. Deren Signatarstaaten sollten sich erneut dazu verpflichten, deren Prinzipien und Grundregeln einzuhalten und zu modernisieren. *Auch das Ziel einer europäischen Friedensordnung*, welche die Russische Föderation einbezieht, darf nicht als „obsolet“ fallen gelassen werden, bleibt Russland doch Europas größtes Land.
- e) *Mit ihrer Einbindung in die amerikanischen eurasischen Vormachtambitionen schadet die Doktrin der „Regelbasierten internationalen Ordnung“ (EU)-Europa und der EU*. Sie spaltet den gemeinsamen eurasischen Raum. Sie hindert Europa daran, seine eurasische kontinentale Verortung zum gegenseitigen Vorteil in den Blick zu nehmen. Letzteres ist perspektivisch von zentralem Gewicht, denn niemand anderes kann sich einer kontinentalen Nachbarschaft dreier Zentren der neuen multipolaren Weltkonstruktion erfreuen, wie China, Europa und Russland. Ein Verhältnis friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit könnten sie gemeinsam zum globalen wirtschaftlichen Gravitationszentrum machen. „Es wäre die eigentliche Aufgabe Westeuropas, mit seinem spezifischen Potenzial zur Zivilisierung von Konflikten beizutragen... Dies schließt die Einleitung des Kurs- und Perspektivenwechsels sowohl gegenüber Russland als auch gegenüber China ein, da ein solcher Wechsel nur in Europa stattfinden kann. Von den USA ist diesbezüglich derzeit nichts zu erwarten“ (Spranger). Voraussetzung dafür ist, die Beziehungen zwischen den europäischen und eurasischen Staaten von Spannungen und befreien.

Friedliche Koexistenz von Staaten ist mehr als Abwesenheit von Gewaltanwendung. Friedliche Koexistenz ist die Existenz eines politischen Raums, in dem widerstreitende gesellschafts-, werte- und politische Systeme sich zueinander ins Verhältnis setzen und interagieren, ohne das Völkerrechtsprinzip souveräner Gleichheit der Staaten in Frage zu

stellen, solange deren Regierungshandeln der Charta der Vereinten Nationen und/oder deren normativen Akten entspricht.

Es ist dies ein Raum, in dem die handelnden Völkerrechtssubjekte nicht die soziale Wesenstransformation des Anderen zur Bedingung für die „Entwicklung besserer und engerer Beziehungen untereinander auf allen Gebieten und damit zur Überwindung der aus dem Charakter ihrer früheren Beziehungen herrührenden Konfrontation sowie zu besserem gegenseitigem Verständnis.“

Dieser Grundsatz der KSZE-Schlussakte von Helsinki für „Gegenseitiges Verhalten der Staaten Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika“¹, wie deren Prinzipien und Verpflichtungen insgesamt, waren bereits Schöpfungen realpolitischer, pragmatischer Kompromissfähigkeit von Staatsführungen der beiden antagonistischen Lager sowie nichtpaktgebundener Staaten darüber, mit ihren gesellschaftspolitisch- und wertorientierten Widersprüchen nach gemeinsamen Regeln friedlicher Koexistenz zu verfahren. Ihr sie befriedendes oberstes Ziel war die „Gewährleistung der Sicherheit in Europa“.

¹ KONFERENZ ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA SCHLUSSAKTE, HELSINKI, 1975, Präambel und S.3 <https://www.startpage.com/do/dsearch?query=KSZE+Schlu%C3%9Fakte+von+Helsinki&cat=web&pl=ext-ff&language=deutsch&extVersion=1.3.0>